

# Partizipation und Parteiwahl bei der Europawahl 2009 in Deutschland: Nebenwahl oder einfach anders?

Heiko Giebler



GUTACHTEN

EMPIRISCHE  
SOZIALFORSCHUNG

1





Partizipation und Parteiwahl  
bei der Europawahl 2009 in Deutschland:  
Nebenwahl oder einfach anders?

Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung  
von Heiko Giebler

# Impressum

ISBN 978-3-86498-784-7

## Herausgegeben vom

Forum Berlin  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

## Verfasser

Heiko Giebler

## Redaktion

Dr. Dietmar Molthagen

## Gestaltung

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

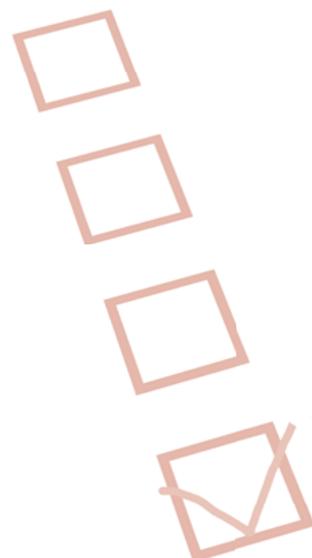
## Fotos

Fotolia, Pellens Bonn

## Webfassung

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2014

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES  
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche  
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



# Inhalt

Einleitung .....	4
Nebenwahlen: Merkmale und Erklärungsmuster .....	7
Wer beteiligt sich an Europawahlen?.....	10
– Soziodemographische Merkmale und Wahlbeteiligung .....	10
– Politische Versiertheit und Wahlbeteiligung.....	12
– Demokratiezufriedenheit, Evaluation der EU und Wahlbeteiligung .....	13
– Aktive und passive Mobilisierung und Wahlbeteiligung .....	14
– Parteieigung, Indifferenz, Entfremdung und Wahlbeteiligung .....	15
Bedeutung Nebenwahlen automatisch auch Nebenwahlkämpfe?	
Kampagnenaktivitäten und -rezeption im Vergleich.....	17
Europa- und Bundestagswahlen im Vergleich .....	19
– Determinanten der Wahlbeteiligung im Vergleich .....	19
– Determinanten der Wahlentscheidung im Vergleich.....	22
– Performanz der Volksparteien im Vergleich .....	25
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	28
Literatur.....	30
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....	34
Der Autor .....	35

## Einleitung

Seit 1979 werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt auf der Basis nationaler Kontingente der Mitgliedsstaaten gewählt. In den vorangegangenen Jahren entsendeten die jeweiligen nationalen Parlamente lediglich Delegierte, die somit nur sehr indirekt durch die Bürger/-innen legitimiert waren. Diese institutionelle Reform zielte explizit auf die Demokratisierung des europäischen Institutionensystems ab und kann somit auch als Reaktion auf die wachsende Kritik an der immer einflussreicher werdenden und nichtsdestotrotz nur schwach mit dem europäischen Demos verknüpften Politik aus Brüssel gewertet werden. Das Elitenprojekt „Europa“ sollte in ein Europa der Bürger/-innen transformiert werden.

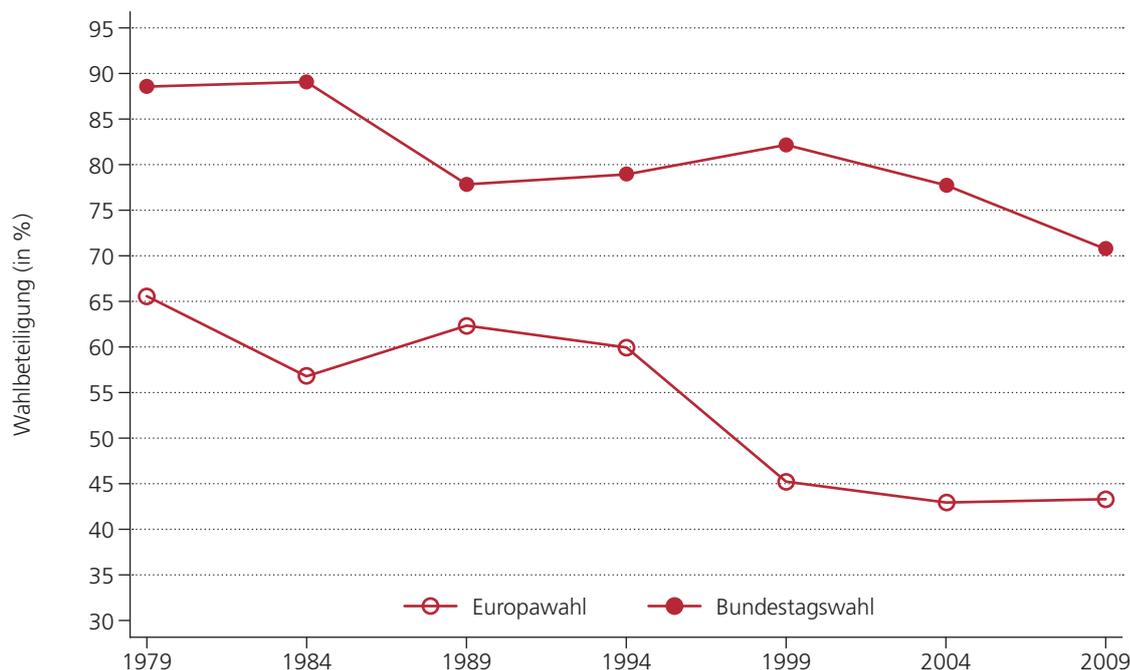
In Folge der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1987 wurden die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes stetig vergrößert. Die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auf zusätzliche Politikbereiche seit Ende der 80er Jahre, welche dem Parlament die gleiche Bedeutung wie dem Europäischen Rat im legislativen Entscheidungsprozess zuweist, ließ weiterhin eine wachsende Bedeutung des Europäischen Parlamentes innerhalb des Gesetzgebungsprozesses erwarten (Hix 1999: 60ff.). Da, mit Ausnahme des Euro – der aber nur eine Teilmenge der Mitgliedsstaaten betrifft – und den jüngsten Entwicklungen im Zuge der Banken- und Finanzkrise, bei den Gipfeln seit Maastricht keine großen Fortschritte hinsichtlich des Ausbaus respektive der Vertiefung der Europäischen Union zu verzeichnen waren, gewannen entsprechend die Entscheidungen des Tagesgeschäfts und damit die Rolle des Europäischen Parlamentes mehr und mehr an Gewicht (vgl. Shakleton 2002: 103).

Bezogen auf die gestärkte Rolle des Europäischen Parlamentes und das Streben nach mehr Demokratie in der Europäischen Union führt ein Blick auf Analysen der Europawahlen allerdings zu großer Ernüchterung. Schon bei der ersten Direktwahl 1979 musste konstatiert wer-

den, dass es sich bei den Europawahlen keineswegs um eigenständige Wahlen handelt, sondern man es vielmehr mit Nebenwahlen (second-order elections) zu tun hat, die in erster Linie durch nationale Faktoren, nationale Regierungsbesetzungen und nationale Wahlergebnisse geprägt wurden (Reif und Schmitt 1980; Reif 1984). Aufgrund ihrer geringeren Relevanz fehlt ihnen der eigenständige Charakter, wie ihn etwa Wahlen zum Deutschen Bundestag aufweisen. Auch nach nun sieben Wahlen und der voranschreitenden Erweiterung der Mitgliedsstaaten hat sich daran kaum etwas geändert (Hix und Marsh 2011). Das Thema „Europa“ gewinnt zwar an Relevanz im politischen Diskurs und vor allem auch bei nationalen Parlamentswahlen (De Vries 2010); dies führt aber nicht zu einer verstärkten Unabhängigkeit oder gesellschaftlichen Relevanz der Europawahlen selbst.

In gewisser Weise ist die Wahlbeteiligung ein guter Indikator für die Relevanz einer Wahl. Natürlich wird die Wahlbeteiligung auch von anderen Faktoren bedingt, etwa Aspekte wie die allgemeine Politikverdrossenheit oder die Frage, ob der Wahlausgang schon vor dem Wahltag mehr oder weniger festzustehen scheint. Vergleicht man aber für die BRD die Wahlbeteiligung zwischen Europa- und Bundestagswahlen, so wird offensichtlich, dass die in der Bevölkerung wahrgenommene Relevanz eine wichtige Rolle spielt. Schließlich können sich andere, die Wahlbeteiligung beeinflussende Faktoren nicht in so kurzer Zeit so dramatisch verändern.

Mit den Ausnahmen 1989 und 1994 ist in Grafik 1 stets ein großer Unterschied der Wahlbeteiligung zu erkennen. Selbst in Zeiten, in denen bei der Bundestagswahl fast 90 Prozent der Bevölkerung teilnahmen, lag die Wahlbeteiligung bei Europawahlen maximal bei 65 Prozent. Inzwischen scheint sich die Wahlbeteiligung bei etwa 45 Prozent eingependelt zu haben, was – trotz des gleichzeitigen Rückgangs auf Bundesebene – eindeutig

**Grafik 1: Wahlbeteiligung im Vergleich**


Anmerkung: Als Referenzpunkt für die unterschiedlichen Europawahlen wurde immer die zeitlich nächstgelegene Bundestagswahl verwendet.

darauf hinweist, dass es sich um Nebenwahlen handelt. Selbst im Vergleich zu Landtagswahlen, die ebenfalls weniger relevant als die Bundestagswahlen sind, schneiden Europawahlen an diesem für die Demokratie im Allgemeinen und die Legitimität im Speziellen zentralen Punkt eher bescheiden ab.

Ähnlich problematisch stellen sich die Wahlergebnisse dar. So kann bei vergleichenden Studien über alle Mitgliedsstaaten hinweg gezeigt werden, dass insbesondere Parteien, die bei nationalen Wahlen weniger Stimmen erhalten und sich in der Opposition befinden, überdurchschnittlich gut abschneiden (Hix und Marsh 2011). Dies gilt insbesondere auch für extreme Parteien, wie etwa der Wahlerfolg der British National Party in Großbritannien oder der True Finns in Finnland zeigt. In der BRD gelang es den Republikanern bei der Europawahl 1989 7,1 Prozent der Stimmen zu gewinnen, weit mehr als bei anderen bundesweiten Wahlen. Natürlich sind Stimmen für Oppositionsparteien kein Grund zur Sorge. Ganz im Gegen-

teil, sie sind ein notwendiger Bestandteil der Demokratie, die letztlich auch von der Möglichkeit des institutionalisierten Machtwechsels definiert wird. Darüber hinaus wird immer wieder argumentiert, dass Stimmen für die Opposition bei einer Europawahl primär den Zweck haben, die Unzufriedenheit mit der nationalen politischen Lage zu kommunizieren (Reif und Schmitt 1980; Anderson und Ward 1996; Marsh 2007). Verhalten dieser Art wirft einen weiteren Schatten auf die Qualität der europäischen Demokratie. Schließlich sollte sich die Wahlentscheidung an den Präferenzen für diese Wahl orientieren und nicht primär an externen, also auf eine andere Wahlebene bezogenen Faktoren.

Es existieren also signifikante Unterschiede zwischen Europa- und nationalen Parlamentswahlen, die nicht ohne Konsequenz für das Funktionieren der Demokratie und die Qualität der Demokratie sind. Obwohl der Hauptfokus dieser Studie auf Europawahlen liegt, können diese nur auf der Basis einer vergleichenden Analyse eingeordnet

werden. Folgend sollen mit Bezug auf die BRD und die beiden Wahlen im Jahr 2009 drei Hauptfragen beantwortet werden. Erstens, wie lässt sich die geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen erklären? Zweitens, welche Unterschiede lassen sich zwischen Europa- und Bundestagswahlen – in Bezug auf Wahlbeteiligung bzw. -entscheidung – identifizieren? Drittens, gilt auch für Deutschland der Befund, dass vor allem Volksparteien, konkret also CDU/CSU und die SPD, bei Europawahlen schlecht abschneiden – und wenn ja, was sind die Gründe?

Dabei ist die Studie wie folgt aufgebaut: im nächsten Kapitel werden kurz zentrale Erkenntnisse aus der Europawahlforschung skizziert. Es folgt eine detaillierte Darstellung von Einflussfaktoren, die im Allgemeinen die

individuelle Wahlbeteiligung beeinflussen. Es wird untersucht, ob und in welchem Ausmaß diese auch einen Effekt auf die Wahlbeteiligung bei Europawahlen aufweisen. Mobilisierung, oder besser fehlende Mobilisierung, gilt als ein zentrales Thema, wenn über geringe Wahlbeteiligung gesprochen wird. Deshalb wird in einem Kapitel kurz auf die Wahlkämpfe auf den unterschiedlichen Ebenen und ihre Effekte eingegangen. Abgeschlossen wird der analytische Teil von drei Vergleichskapiteln zu Wahlbeteiligung, Wahlentscheidung und der Performanz der Volksparteien. Hier wird konkret untersucht, inwiefern relevante Unterschiede zwischen den beiden Wahlbenen existieren. Am Ende der Studie steht ein Fazit, welches zugleich einen Ausblick auf die Europawahl 2014 geben soll.

## Nebenwahlen: Merkmale und Erklärungsmuster

In jeder Demokratie finden verschiedene Arten von Wahlen statt. Meist handelt es sich um Wahlen auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Die Wahlen lassen sich aufgrund ihrer Relevanz – bezogen auf die Kompetenzen, mit denen das gewählte Amt bzw. die gewählte Körperschaft ausgestattet ist – klassifizieren. Die wichtigste Wahl wird allgemein als Hauptwahl (first-order election) bezeichnet und sie dient im Regelfall dazu, das nationale Parlament oder den Präsidenten, also die Regierung eines Staates, zu wählen. Alle anderen Wahlen werden als Nebenwahlen (second-order elections) beschrieben (Reif und Schmitt 1980); ob es sich dabei um eine dichotome oder eher eine graduelle Klassifikation handelt, ist umstritten (Giebler i. E.). In jedem Fall gilt, dass sich Nebenwahlen durch eine niedrigere Wahlbeteiligung und die Tatsache auszeichnen, dass sie von den Ergebnissen der Hauptwahl und politischen Begebenheit auf deren politischen Ebene beeinflusst werden.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament stellen einen Prototyp der Nebenwahl dar. Seit nun mehr als 30 Jahren werden sie unter diesem Gesichtspunkt analysiert (Marsh und Mikhaylov 2010). Doch schon vor der ersten Direktwahl gab es Untersuchungen zu den Unterschieden zwischen Haupt- und Nebenwahlen. Wichtige Arbeiten beziehen sich vor allem auf die Kongresswahlen zwischen den Präsidentschaftswahlen in den USA (Campbell 1960; Tuftes 1975; Campbell 1997), aber auch auf Landtagswahlen in der BRD (Kaack 1974; Dinkel 1977). Während vor allem aktuelle Studien zeigen, dass Landtagswahlen einen relativ eigenständigen Charakter aufweisen und nur in geringem Maß von der Bundesebene beeinflusst werden (Völkl et al. 2008), existieren gleichzeitig für die USA nur eine sehr geringe Anzahl an sogenannten mid-term elections, bei denen nicht die Partei des Präsidenten deutlich an Unterstützung verloren hat (Campbell 1997: 9ff.). Ob es sich dabei um eine nicht institutionalisierte Form der Machtbeschränkung auf Basis des direkten Volkswil-

len handelt (Burden und Kimball 2002) – schließlich entsteht durch mid-term elections oftmals eine Situation, in welcher der Präsident nicht mehr die Mehrheit in den beiden Kammern kontrolliert – oder aber andere Aspekte wie z. B. Enttäuschung über nicht eingehaltene Wahlversprechen aus der Präsidentschaftskampagne ausschlaggebend sind, ist nicht eindeutig zu klären. In jedem Fall unterscheidet sich das Mobilisierungsniveau einer zur Präsidentschaftswahl gleichzeitig durchgeführten Kongresswahl deutlich von einer mid-term election. So erklärt sich nicht nur eine geringere Wahlbeteiligung, sondern auch, dass politisch weniger interessierte und politisch ungebundene Wähler/-innen nur an der Hauptwahl teilnehmen (Campbell 1960).

Aus wissenschaftlicher Perspektive kam der Befund, dass es sich bei der Europawahl 1979 keineswegs um eine gemeinsame europäische Wahl gehandelt hatte, sondern es sich vielmehr um neun nationale Nebenwahlen handelte, die ein gemeinsames Parlament besetzt hatten (Reif und Schmitt 1980), alles andere als überraschend. Bis auf die Tatsache, dass es bei der bislang letzten Europawahl 2009 sogar 27 nationale Nebenwahlen waren, hat sich an dieser generellen Einschätzung nicht viel geändert (Marsh und Mikhaylov 2010; Hix und Marsh 2011). Mit einem Augenzwinkern wird gar angemerkt, dass in der öffentlichen Debatte um die Europawahlen nicht gefragt werden sollte, warum etwa die Wahlbeteiligung so niedrig sei, sondern warum trotz der relativ geringen Relevanz so viele Bürger/-innen tatsächlich (noch) an Europawahlen teilnehmen (Weßels und Franklin 2009).

Woran aber lässt sich fest machen, dass es sich bei Europawahlen um Nebenwahlen handelt? Die deutlich geringere Wahlbeteiligung wurde bereits angesprochen. Selbst ein Land wie Deutschland, welches an sich durch eine allgemein hohe Partizipation an Repräsentativwahlen gekennzeichnet ist, stellt hier keine Ausnahme dar. Aber auch

das mäßige Medieninteresse und weniger intensive Kampagnen der Parteien sind eindeutige Anzeichen für eine Charakterisierung als Nebenwahl (Cayrol 1991; Maier und Tenscher 2006; De Vreese et al. 2007; Wüst und Tausendpfund 2009). Zudem kam es zu keiner Entwicklung eines eigenständigen Parteiensystems, welches auf europäischer Ebene um Stimmen konkurriert (Irwin 1995). Zwar treten in einigen Mitgliedsstaaten Parteien ausschließlich bei Europawahlen an; es handelt sich dabei aber fast durchweg um euroskeptische Protestparteien, was wohl kaum als positives Zeichen für die europäische Demokratie gewertet werden kann.

Vergleicht man Erfolg und Misserfolg von Parteien zwischen Europa- und nationalen Wahlen auf der Aggregats-ebene, so lassen sich einige Muster identifizieren. Hier sind in erster Linie drei Trends zu sehen, die sich durchaus auch gegenseitig verstärken oder abschwächen (Hix und Marsh 2011). Erstens, Parteien, die bei Hauptwahlen große Stimmanteile erzielen, verlieren bei Nebenwahlen zugunsten von kleinen Parteien. Zweitens, Parteien in nationaler Regierungsverantwortung verlieren im Vergleich zu Oppositionsparteien. Drittens, Parteien mit eher extremeren Positionen schneiden besser ab als Parteien aus dem moderaten Spektrum des politischen Wettbewerbs. Anders ausgedrückt: eine große Regierungspartei mit einem moderaten Profil verliert in der Regel – und dies über alle Mitgliedstaaten und Wahljahre hinweg – deutlich gegenüber der nationalen Hauptwahl. Das generelle Ausmaß der Gewinne bzw. Verluste hängt dabei zusätzlich von der Terminierung der Europawahl im nationalen Wahlzyklus ab (Reif und Schmitt 1980). Je näher an der Mitte des Wahlzyklus, also weit entfernt von der letzten und der nächsten Hauptwahl, desto größer sind die skizzierten systematischen Unterschiede. Diese zeitliche Komponente ist eng mit dem politischen Mobilisierungsniveau verbunden (Reif 1984); da es bei Europawahlen nur selten gelingt, breite Teile der Wahlbevölkerung speziell für Wahlen zum Europäischen Parlament zu mobilisieren, dies aber bei nationalen Wahlen sehr wohl der Fall ist,

profitieren Europawahlen in zeitlicher Nähe zu Hauptwahlen von deren Mobilisierungskraft. Entsprechend ähneln sich Wahlergebnisse einzelner Parteien zwischen den Ebenen in diesem Fall auch stärker.<sup>1</sup>

Bei diesen relativ stabilen Mustern handelt es sich lediglich um Beschreibungen und weniger um Erklärungen. Letztlich sind Aggregatzahlen – sowohl der Wahlbeteiligung als auch der Stimmanteile – die Summe individueller Handlungen. Will man also verstehen, wie diese Ergebnisse zustande kommen, müssen sinnvolle Mikrotheorien entwickelt bzw. herangezogen werden (Oppenhuis 1995; Oppenhuis et al. 1996; Giebler i. E.). Bezüglich der Wahlbeteiligung kann hier auf klassische Ansätze zurückgegriffen werden, die auch für Hauptwahlen Verwendung finden (Blais 2000; Franklin 2004; Blais 2006). Diese reichen von sozialstrukturellen Faktoren wie Alter oder Bildung bis hin zu Einstellungs- und Wertorientierungen. Zusätzlich werden Aspekte angeführt, die einen spezifischen Fokus auf die politische Ebene der EU aufweisen, z. B. positive oder negative Einschätzung der Arbeit des Europäischen Parlaments oder der europäischen Integration als Gesamtprozess. Im Gegensatz zu den klassischen Faktoren spielen diese aber nur eine untergeordnete Rolle – vor allem auch mit Blick auf die BRD (Steinbrecher 2011). Zentral erweist sich das Relevanzargument; da Europawahlen als relativ irrelevant angesehen werden, sind die Kosten einer Teilnahme im Vergleich zum entsprechenden Nutzen deutlich höher als bei nationalen Parlamentswahlen.

Alles in allem wird aber nicht erwartet, dass völlig andere Faktoren einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, als dies bei Hauptwahlen der Fall ist. Durch den spezifischen Kontext der Europawahl wirken einzelne Faktoren vielmehr stärker auf die Beteiligungswahrscheinlichkeit, da durch den wahrgenommen geringeren Nutzen eine höhere Hürde genommen werden muss. Tatsächlich existieren aber nur wenige Studien, die direkt Beteiligungsgründe zwischen Wahlebenen vergleichen, sodass das

1 In dieser Studie werden primär die Europa- bzw. Bundestagswahlen im Jahr 2009 verglichen. Diese fanden in enger zeitlicher Abfolge statt, weshalb Effekte des Wahlzyklus eher unwahrscheinlich sind. Entsprechend wird diese Perspektive im Verlauf nicht weiter beachtet. Die Europawahl 2014 wird ebenfalls weit im ersten Viertel der nationalen Regierungsperiode stattfinden. Es sind also auch hier kaum Effekte durch den Wahlzyklus zu erwarten.

Ausmaß der Unterschiede bislang kaum untersucht wurde (Giebler i.E.).

In Bezug auf die Wahlentscheidung gilt dies ebenfalls. Es fehlen tiefgehende, vergleichende Analysen. In der Regel werden Wahlentscheidungsprozesse bei Europawahlen bestimmt und dann auf dieser Basis beurteilt, inwiefern dies Annahmen über Verhalten bei Hauptwahlen entspricht. In vielen Fällen steht auch im Kontext der Wahlentscheidung die geringere Relevanz am Anfang. Da das Europaparlament weniger Kompetenzen aufweist und auch keine Regierung gewählt wird, sind Bürger/-innen freier in ihren Entscheidungen. Während sie bei nationalen Parlamentswahlen oftmals komplexe Abwägungsprozesse durchlaufen müssen, um etwa potentielle Koalitionen in ihrer Wahrscheinlichkeit oder in ihrem individuellen Nutzen zu berücksichtigen, entfällt dies bei Europawahlen. Strategisches Wählen ist von geringerer Relevanz, während das Wählen nach den „wahren“ Präferenzen (voting with the heart) im Vordergrund steht (Oppenhuys et al. 1996). Ähnlich wird das Abstrafen von nationalen Regierungen erklärt: weil Europawahlen weniger wichtig sind, können sie dazu genutzt werden, Regierungen für ihre Politik auf nationaler Ebene einen Denkzettel zu verpassen. Hier wird der Charakter der Europawahlen als Nebenwahlen am deutlichsten; sie werden instrumentalisiert, um indirekt auf die wichtigere politische Ebene Einfluss nehmen zu können.

Mit dieser Unterscheidung von Wahlkalkülen kann erklärt werden, weshalb große Parteien und Regierungsparteien oftmals starke Verluste hinnehmen müssen. Gerade große Volksparteien profitieren überproportional von koalitionsstrategischem Wahlverhalten, insbesondere in Systemen mit hohen Sperrklauseln.<sup>2</sup> Wenn diese Restriktionen wegfallen, führt dies zu Stimmverlusten bei Volksparteien.

Extremen Parteien wiederum gelingt es einfacher, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Zudem kommt ihnen der Eindruck zu Gute, dass auf der europäischen Ebene politische Positionen eher verwässert werden. Es kann aus individueller Perspektive somit durchaus Sinn machen, Parteien mit einer extremen Position zu wählen, um sicher zu gehen, dass der parlamentarische Diskurs bzw. Konsens zumindest ein Stück in die gewünschte Richtung verschoben wird. Letztlich kann die Wahl einer extremen Partei aber ebenfalls mit der geringeren Relevanz erklärt werden. Als Zeichen des Protests gegen etablierte Parteien ist eine solche Wahlentscheidung auf europäischer Ebene mit weniger Konsequenzen behaftet, als dies bei einer Hauptwahl der Fall wäre. Sie ist mehr ein Denkzettel als dass sie politisches Handeln und Gesetzgebungsprozesse – wie dies auf nationaler Ebene der Fall wäre – verändert oder verlangsamt.

An dieser Stelle muss betont werden, dass es sich bei den skizzierten Ansätzen und Argumente um Erkenntnisse aus komparativer Perspektive handelt. Konkret auf Deutschland bezogen kann angenommen werden, dass bestimmte Aspekte wenig Relevanz besitzen. So fand etwa bis zum kürzlich gefällten Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch bei Europawahlen in Deutschland eine Fünf-Prozenthürde Anwendung. Zudem besitzt keine der etablierten Parteien eine wirklich extreme Position zur Europäischen Union. Vergleicht man dies z. B. mit Großbritannien, wo auf beiden Ebenen völlig konträre Wahlsysteme zum Einsatz kommen und gleichzeitig ein viel breiteres ideologisches Spektrum der Parteien vorhanden ist, dann wird schnell klar, dass in Deutschland im Vergleich weit weniger Unterschiede zu erwarten sind. Deshalb scheint es umso sinnvoller, sich in erster Linie auf die dramatischen Differenzen bezüglich der Wahlbeteiligung und weniger der Parteiwahl zu konzentrieren.

<sup>2</sup> Dieser Effekt ist in Deutschland weniger stark als in anderen Ländern gegeben, da bis zur Wahlrechtsreform für die Bundestagswahl 2013 ein strategisches Aufspalten der Erst- und Zweitstimme – vor allem zwischen der Union und der FDP – eine „sichere“ Bank war.

## Wer beteiligt sich an Europawahlen?

Für ein grundsätzliches Verständnis der Gründe einer Partizipation bei Europawahlen werden verschiedene individuelle Merkmale der Befragten mit der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in Verbindung gesetzt. Zu diesem Zweck wurden bivariate logistische Regressionen berechnet; es lässt sich so zum einen zeigen, inwiefern die einzelnen Merkmale tatsächlich einen relevanten – im Sinn statistischer Signifikanz – Effekt besitzen. Zum anderen kann die Veränderung der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit berechnet werden. Die Datengrundlage stellen die Daten der Europäischen Wahlstudie 2009 (PIREDEU) für die BRD dar (van Egmond et al. 2011). Es handelt sich dabei um eine repräsentative, telefonische Nachwahlbefragung mit etwa 1000 Befragten.<sup>3</sup>

Im Folgenden sind die Merkmale zu inhaltlichen Gruppen zusammengefasst. In verschiedenen Grafiken ist die Relevanz jeweils farblich abgetragen – weiße Balken repräsentieren Merkmale, die keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben.<sup>4</sup> Die Höhe der Balken gibt die Effektgröße an. Es handelt sich dabei um die Veränderung der Beteiligungswahrscheinlichkeit in absoluten Prozentpunkten. Für die Interpretation ist zu beachten, dass die einzelnen Effekte in einer bivariaten Analyse per Definition nicht auf andere Faktoren kontrolliert wurden. Treten zwei oder mehrere Faktoren in einem gewissen Muster auf – etwa, dass höheres Einkommen oftmals bei älteren Personen vorliegt – so kann in einer Analyse dieser Art nur der jeweilige Effekt und nicht die (kausale) Ursache für die Veränderung der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit gemessen werden.

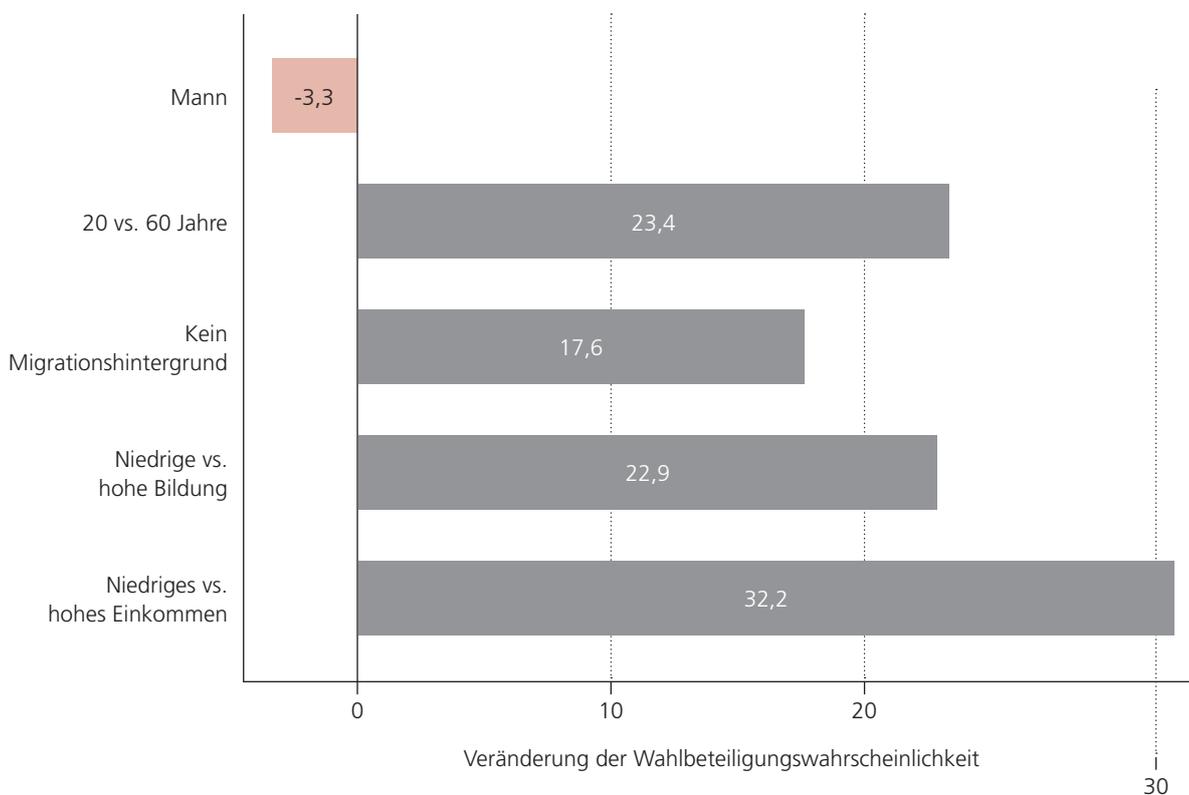
### Soziodemographische Merkmale und Wahlbeteiligung

In einem ersten Schritt soll die Wirkungsmacht zentraler soziodemographischer Faktoren auf die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 untersucht werden. Im Allgemeinen gilt für diese Faktoren, dass sie eher einen indirekten Einfluss auf politische Partizipation besitzen, also auf Faktoren wirken bzw. materielle, kognitive und affektive Ressourcen zu Verfügung stellen, die in unmittelbarer Weise mit der Entscheidung, sich an einer Wahl zu beteiligen, verbunden sind. Sie bedingen zudem die Ausbildung von politischen Einstellungen zu einem relevanten Maß. Es ergibt sich somit eine direkte Verbindung zu den klassischen Ansätzen der Wahlverhaltensforschung, dem mikrosoziologischen Ansatz der Columbia School (Lazarsfeld et al. 1944) und dem makrosoziologischen Ansatz (Lipset und Rokkan 1967). Ersterer fokussiert bei der Erklärung des Verhaltens auf die Position einer Person in der Sozialstruktur, während sich der makrosoziologische Ansatz auf gesellschaftliche Konfliktlinien, etwa Kapital vs. Arbeit oder Staat vs. Kirche, bezieht, die ihrerseits einen prägenden Effekt auf soziale Gruppen besitzen.

Auf den ersten Blick ist zu erkennen, dass lediglich das Geschlecht der befragten Personen keinen relevanten Einfluss auf die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit besitzt. Dies deckt sich durchaus mit den Ergebnissen aktueller Studien, sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext. Wenig überraschend weist das Alter einen starken Einfluss auf: vergleicht man eine 20-jährige mit

3 Um problematische Verzerrungen zu vermeiden, wurde die Fallzahl für alle Berechnungen in diesem Papier konstant gehalten. Dadurch sinkt die Fallzahl auf etwa 850 Befragte. Um eine bessere Repräsentativität zu erzeugen, wurden Angleichungsgewichte verwendet. Zusätzlich zu den üblichen Angleichungen, etwa bezüglich Alter, Geschlecht und Bildungsgrad, wurden die Daten an die reale Wahlbeteiligung angeglichen. Wie bei Wahlstudien üblich, kommt es zu sogenanntem „Overreporting“; der Prozentsatz an Wähler/-innen ist also höher als die reale Wahlquote. Verantwortlich für dieses Phänomen sind sowohl ungleiche Beteiligungsbereitschaft – diese ist bei Wähler/-innen höher – als auch durch sozial erwünschtes Antwortverhalten. Da die Quote des Overreportings bei Nebenwahlen noch höher ausfällt, wurde auf eine entsprechende Anpassung zurückgegriffen.

4 Nach gängiger Praxis wurde hier auf eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 5 Prozent zurückgegriffen. Mit anderen Worten: die Wahrscheinlichkeit, dass der gemessene Effekt nur zufällig in den verwendeten Daten aufgetreten ist, muss unter 5 Prozent liegen. Zumindest bei bivariaten Analysen ist die Frage der Signifikanz meist auch mit der Größe des Effekts verbunden. So weisen stärkere Effekte – bei den hier durchgeführten Analysen in etwa über 10 Prozent – auch eine geringere Irrtumswahrscheinlichkeit auf.



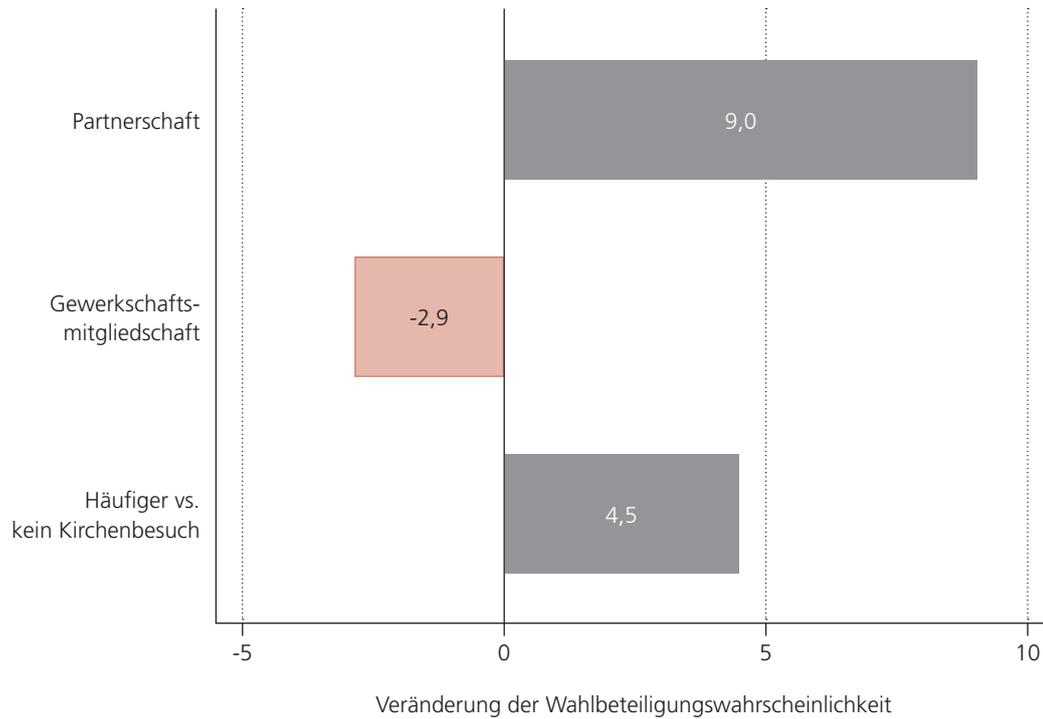
einer 60-jährigen Person, so ist die Beteiligungswahrscheinlichkeit für letztere um mehr als 23 Prozentpunkte höher. Dieser Effekt geht zum einen auf habituelles Verhalten zurück, kann aber auch mit einer stärkeren Eingebundenheit in die politische Gemeinschaft erklärt werden. Interessanter, aber wohl auch mit der Frage der Eingebundenheit in die politische Gemeinschaft korreliert, erscheint die Tatsache, dass Personen ohne Migrationshintergrund ebenfalls eine deutlich höhere Beteiligungswahrscheinlichkeit zeitigen.

Starke Effekte lassen sich auch für den Bildungsgrad und das Einkommen konstatieren.<sup>5</sup> Personen mit niedriger Schulbildung (kein oder Hauptschulabschluss) beteiligen sich deutlich weniger wahrscheinlich als Personen mit (Fach-)Hochschulzulassung. Die Unterschiede sind noch

deutlicher, wenn man niedriges mit hohem Einkommen vergleicht. Ähnliche Befunde finden sich in fast allen Studien zur Wahlbeteiligung. Als Begründung wird häufig auf die Relevanz von Ressourcen – kognitiv in Bezug auf die Bildung und materiell in Bezug auf das Einkommen – verwiesen.

Als zweites Set von soziodemographischen Merkmalen werden Aspekte des persönlichen Umfelds in Grafik 3 betrachtet. Hier geht es sowohl um Partnerschaft und Familie als auch um die Mitgliedschaft bzw. Zugehörigkeit zu Organisationen oder gesellschaftlichen Gruppen. Dies folgt der Annahme der sogenannten Randständigkeitstheorie, die besagt, dass Nichtwähler überdurchschnittlich häufig aus sozial isolierten Teilen der Bevölkerung stammen (Caballero 2005: 357).

<sup>5</sup> In den Daten liegt keine Messung des Einkommens vor, da Fragen dieser Art nach wie vor eine hohe Anzahl von Antwortverweigerungen provozieren. Stattdessen wurde nach einer Einschätzung des familiären Lebensstandards gefragt. Die Antworten konnten auf einer Skala mit sieben Abstufungen gegeben werden; die Endpunkte waren „sehr gering“ bzw. „sehr hoch“. Konzeptionell besteht somit eine ausreichende Äquivalenz.



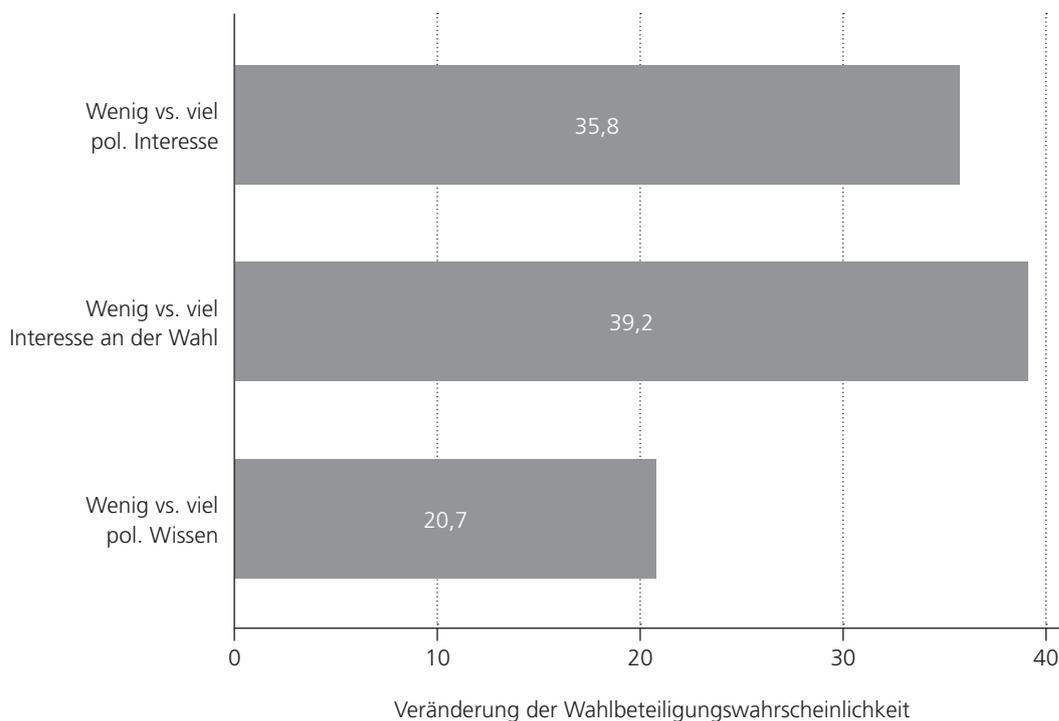
Weder die Frage, ob eine Person in einer Partnerschaft lebt, noch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft oder die Inklusion in eine religiöse Gemeinschaft besitzen einen relevanten Effekt auf die Wahlbeteiligung. Dies ist nicht überraschend; auch wenn die BRD durchaus Probleme bezüglich sozialer Exklusion und „Randständigkeit“ aufweist, so ist dies nicht in einem Maß der Fall, dass damit eine Wahlbeteiligung von deutlich unter 50 Prozent erklärt werden könnte. Zudem sind die Bindungen zwischen Gewerkschaften bzw. Kirchen zu den Parteien heute deutlich schwächer ausgeprägt, als dies noch vor ein paar Jahrzehnten der Fall war.

### Politische Versiertheit und Wahlbeteiligung

Im Gegensatz zu den soziodemographischen Merkmalen liegt der unmittelbare Zusammenhang zwischen politischer Versiertheit und Wahlbeteiligung auf der Hand. Politische Versiertheit ist Ausdruck einer gewissen Involvierung mit dem politischen System und damit einer psychologischen Perspektive auf Partizipation (Blais 2000:

13f.). Es entsteht ein Pflichtgefühl, sich an einer Wahl zu beteiligen. Dies ist eng mit der Idee der „staatsbürgerlichen Orientierungen“ des Michigan-Modells des Wahlverhaltens verbunden (Campbell et al. 1960). Zum anderen kann aber auch streng rationalistisch argumentiert werden: bereits im Vorfeld allgemein vorhandene Informationen über das politische System, Parteien usw. senken die individuell aufzubringenden Kosten für die Wahlbeteiligung. Gerade dieser Faktor ist für Nebenwahlen von großer Bedeutung (De Vries et al. 2011; Hobolt und Wittrock 2011). Des Weiteren hat das Europäische Parlament seit seiner Gründung durchaus an Kompetenzen hinzugewonnen (Rittberger 2012), was den Nutzen einer Stimmabgabe erhöht. Dies ist wahrscheinlich eher Personen mit höherer politischer Versiertheit bekannt.

Politische Versiertheit kann grob in zwei Bereiche unterteilt werden: politisches Interesse und politisches Wissen. Im Bereich des politischen Interesses können zwei unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden, allgemeines politisches Interesse und das spezifische Interesse an der Europawahl 2009. Aus der Grafik lässt sich eindeutig ab-



lesen, dass beide Aspekte einen sehr großen Einfluss auf die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit ausüben. Im Vergleich zu wenig Interesse führt viel Interesse zu einem Anstieg um mehr als 35 Prozentpunkte. Etwas geringer, aber nichtsdestotrotz deutlich fällt der Effekt des politischen Wissens aus (etwa 20 Prozentpunkte).

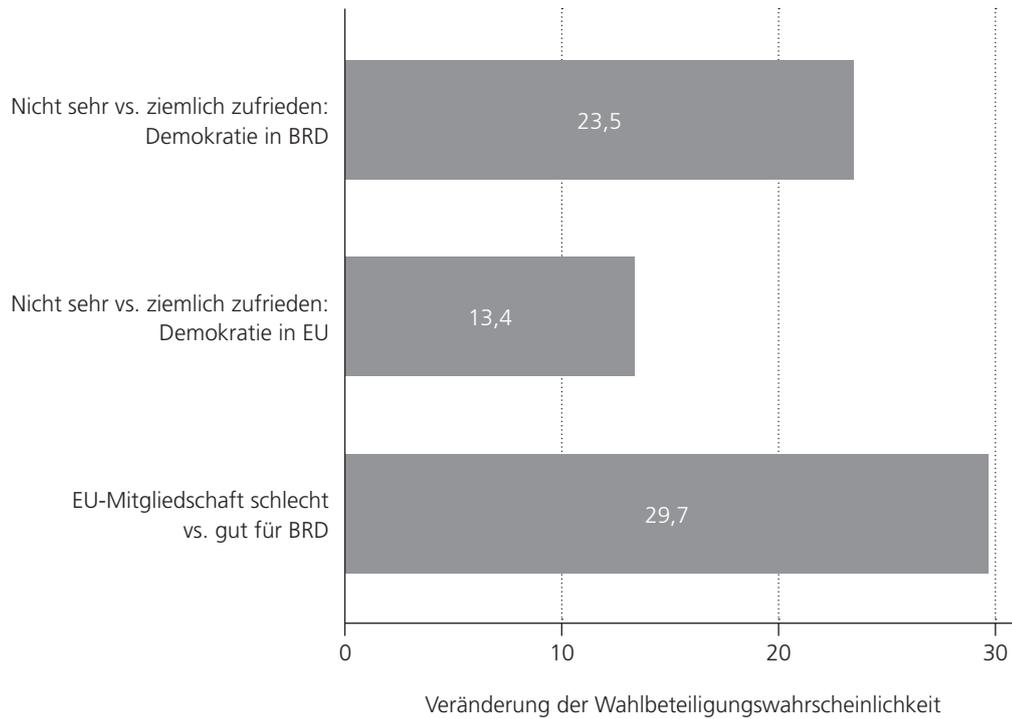
Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass politische Versiertheit einen sehr großen Einfluss auf die Wahlbeteiligung bei Nebenwahlen hat, wahrscheinlich sogar einen stärkeren als bei Hauptwahlen wie der Bundestagswahl.

### Demokratiezufriedenheit, Evaluation der EU und Wahlbeteiligung

Sowohl die rationale als auch die affektive Bewertung eines politischen Systems bzw. der demokratischen Prozesse sollten ebenfalls einen gewichtigen Einfluss auf die Frage der Beteiligung am Wahltag aufweisen. Positive Bewertungen sind in gewisser Weise der Gegenpol zur

öffentlich viel diskutierten Politikverdrossenheit und als Maßzahlen für die Unterstützung des politischen Systems interpretiert (Easton 1965).

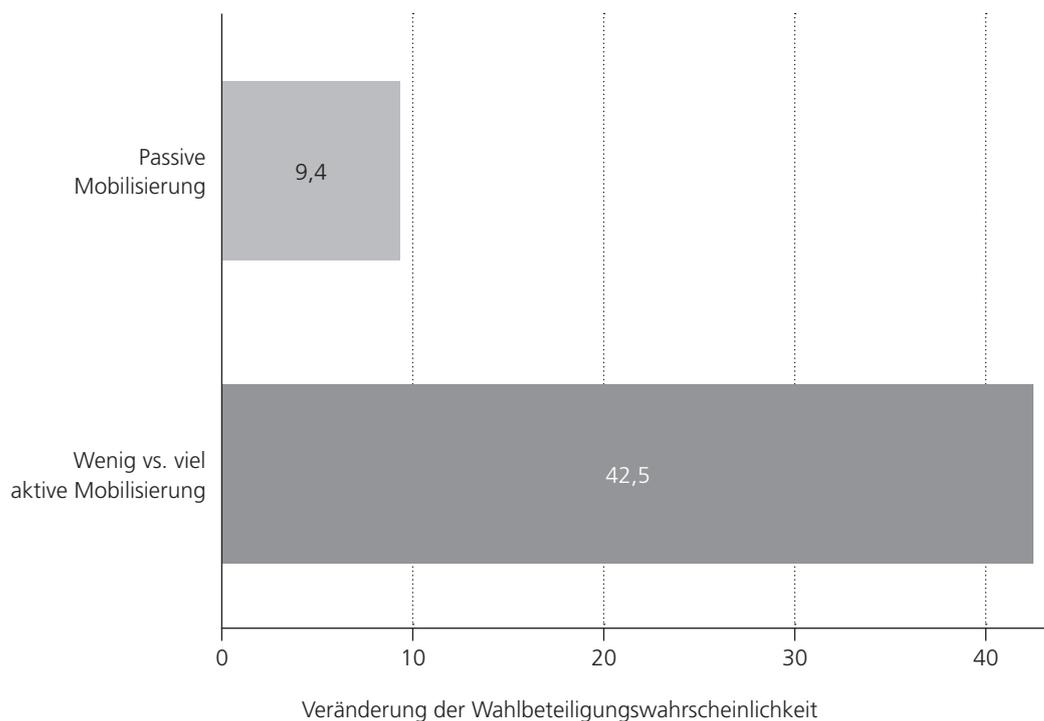
Demokratiezufriedenheit kann primär als ein Maß für die abstrakte Performanzbewertung verstanden werden – weniger als ein valider Indikator für Legitimität (Linde und Ekman 2003). Aufgrund der Mehrebenenstruktur des politischen Systems und der engen Vernetzung ist aus Grafik 5 erkennbar, dass sowohl die Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD als auch in der EU die Wahlbeteiligungschance erhöht. Der Effekt ist etwas schwächer für die EU-Ebene. Dies könnte vorsichtig dahingehend gedeutet werden, dass es den Bürger/-innen nach wie vor primär um eine Evaluation der bundesdeutschen und nicht der europäischen Demokratie geht – ganz im Sinn des Nebenwahlcharakters und der Primärsozialisation im Nationalstaat. Der stärkste Effekt ergibt sich für die konkrete Bewertung, inwiefern die EU-Mitgliedschaft gut oder schlecht für die BRD ist. Eine positive Bewertung erhöht die Beteiligungswahrscheinlichkeit um fast 30 Prozentpunkte.



Spricht dies insgesamt gegen die These, dass es sich bei Europawahlen vor allem auch um Protestwahlen gegen Regierungs- bzw. etablierte Parteien handelt? Es kann zumindest argumentiert werden, dass die Zahlen die These nicht bestätigen. Unzufriedene Bürger/-innen gehen eindeutig weniger häufig zur Wahl als zufriedene; dies gilt auch für Personen, welche die EU-Mitgliedschaft positiv beurteilen. Zu einem gewissen Teil kann dies auch durch die Angebotsseite induziert sein; neben Der Linken gab es bei der Europawahl 2009 keine etablierte Partei mit euroskeptischen Positionen und selbst bei dieser handelt es sich um relativ moderate Ansichten. In Ländern wie Großbritannien, Frankreich oder Finnland ist dies grundsätzlich anders und es ist zu erwarten, dass dort eben auch unzufriedene Personen stärker mobilisiert werden, da sich Kanäle für entsprechende Positionen öffnen. In Bezug auf 2014 ist hier mit der „Alternative für Deutschland“ eventuell auch eine Veränderung in der BRD in Sicht.

### Aktive und passive Mobilisierung und Wahlbeteiligung

Fast alle bislang besprochenen Merkmale und Indikatoren – mit Ausnahme des Interesses an der Europawahl – haben keinen direkten kontextuellen Bezug zur Europawahl 2009. In Grafik 6 werden nun aktive und passive Mobilisierung im Vorfeld der Wahl betrachtet. Die Formel ist hierbei so einfach wie plausibel; je weniger Anstrengungen Parteien unternehmen, Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen bzw. Personen direkt zu mobilisieren, desto geringer ist die Wahlbeteiligung (Weßels und Franklin 2009: 616). Als passive Mobilisierung wird hier eine Situation bezeichnet, in welcher die befragte Person von einer Partei – egal in welcher Form – direkt und mit dem Fokus auf die Europawahl kontaktiert wurde. Nebenwahlen zeichnen sich durch weniger Medieninteresse aus (Schuck et al. 2011), weshalb nicht nur Informationen schwerer zu erhalten sind, sondern auch Mobilisierungsversuche durch Parteien eine wichtigere Rolle spielen sollten.



Interessanterweise ist dieser Effekt der passiven Mobilisierung nicht zu erkennen (Grafik 6); sie spielt keine relevante Rolle für die Wahlbeteiligung. Dies deckt sich zwar mit einem anderen Befund zur Wahl 2009, nicht aber mit der theoretischen Erwartung (Giebler i.E.). Dies mag am äußerst geringen Mobilisierungsstand liegen, denn lediglich ein Viertel aller Befragten gab an, von einer Partei kontaktiert worden zu sein. Bei der wenige Monate später stattfindenden Bundestagswahl lag die Quote bei über 50 Prozent.

Aktive Mobilisierung fasst diejenigen Anstrengungen zusammen, welche die befragte Person selbst unternommen hat, sich über die Wahl zu informieren. Entsprechend ist dieser Indikator durchaus verwandt mit dem Konzept des politischen Interesses. Ähnlich wie dort ergibt sich ein beachtlicher Anstieg der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit von wenig zu viel aktiver Mobilisierung. Es lässt sich also vorsichtig schlussfolgern, dass die Verfügbarkeit von Informationen, sei es in den Medien oder über die Kanäle der Parteien, eine wichtigere Rolle spielt, als die

passive Mobilisierung – zumindest so lange letztere auf einem so geringen Niveau erfolgt. Auf der anderen Seite bleiben eigene Aktivitäten sicherlich auch eher im Gedächtnis als die Tatsache, ob man von einer Partei angesprochen wurde.

### Parteieneigung, Indifferenz, Entfremdung und Wahlbeteiligung

Die letzten Faktoren, die in diesem Abschnitt betrachtet werden sollen, beziehen sich auf die Parteien bzw. das Parteiensystem und deren Bewertung. Dies schließt sowohl affektive als auch rationale Komponenten ein. Dem ersten Lager ist die Parteieneigung zugehörig (Campbell et al. 1960). Dieses aus dem sozialpsychologischen Ansatz der Wahlverhaltensforschung stammende Konzept kann mit der Vorliebe für einen Fußballverein verglichen werden. Sie stellt eine kaum rational zu erklärende, dauerhafte Bindung dar, die auch über Enttäuschungen hinweg eine affektive Verbundenheit bestehen lässt. Im

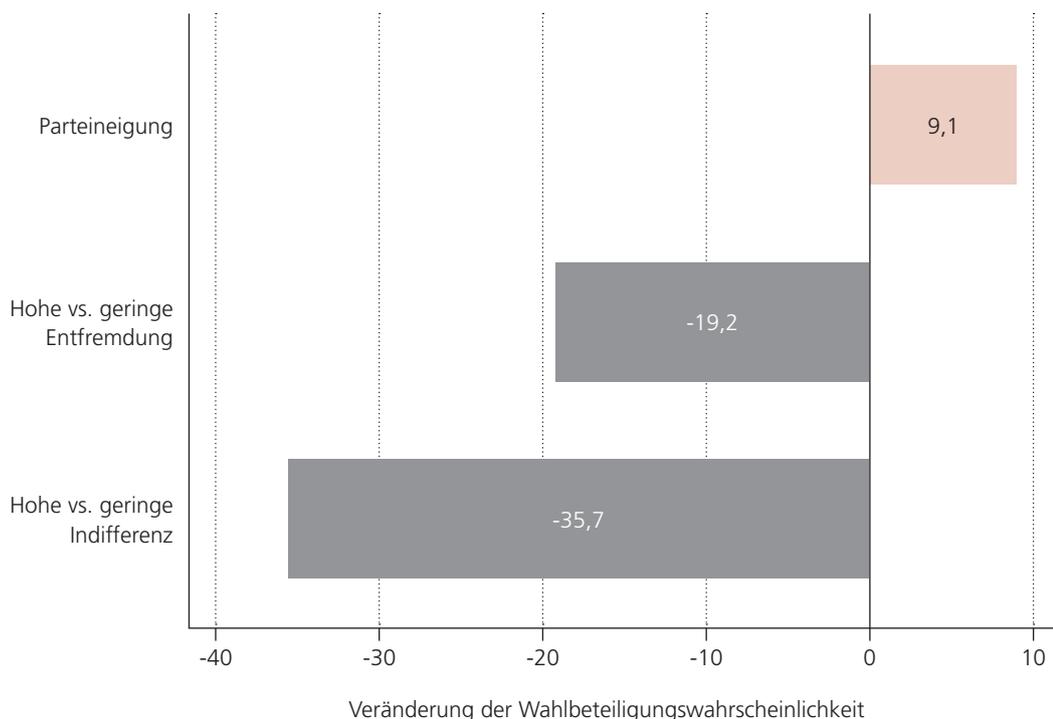
konkreten Fall: Sie sollte auch bei einer Nebenwahl dazu führen, dass sich eine Person mit Parteineigung beteiligt. Blickt man auf das Ergebnis in Grafik 7, so ergibt sich allerdings kein signifikanter Effekt der Parteineigung. Die Frage, ob sich eine Person an der Europawahl 2009 beteiligt hat oder nicht, kann also nicht mit Blick auf eine stabile Bindung an eine Partei erklärt werden.

Die rationale Perspektive auf Parteien und deren Angebot ist eng mit den Begriffen Indifferenz und Entfremdung verbunden (Brody und Page 1973; Hinich und Munger 1997). Indifferenz und Entfremdung verringern den Nutzen einer Wahlbeteiligung. Wenn Wähler/-innen konstatieren, dass es keinen Unterschied macht, welche Partei(en) die Wahlen gewinnt oder wie stark sie im Parlament vertreten sind, wird der Wahlausgang gleichgültig und damit die Wahlbeteiligung zwecklos. Wenn die zur Wahl stehenden Alternativen bezüglich ihres inhaltlichen Angebots kaum attraktiv erscheinen, ist eine Person „entfremdet“.

Personen mit starker Entfremdung – anders ausgedrückt: keine der relevanten Parteien bietet ein politisches Programm an, das nah an den Vorstellungen der befragten Person ist – haben eine um fast 20 Prozentpunkte geringere Beteiligungswahrscheinlichkeit. Noch stärker ist der Einfluss von Indifferenz; Bürger/-innen, für die es kaum einen Unterschied macht, wie die Wahl ausgeht, haben eine viel niedrigere Wahrscheinlichkeit, am Wahlsonntag auch tatsächlich zur Wahl zu gehen.

Die Qualität des Parteiensystems, gemessen durch Entfremdung und Indifferenz, besitzt also einen deutlichen Effekt auf die Wahlbeteiligung. Dass sich kein Effekt für Parteineigung zeigen lässt, stimmt insofern bedenklich, als dass es den Parteien bei der Europawahl 2009 nicht (einmal) gelungen ist, an sie gebundene Wähler auch umfassend zu mobilisieren. Dies unterstreicht erneut den besonderen Charakter der Europawahlen als Nebenwahlen.

**Grafik 7: Parteineigung, Indifferenz, Entfremdung und Wahlbeteiligung**



## Bedeutung Nebenwahlen automatisch auch Nebenwahlkämpfe? Kampagnenaktivitäten und -rezeption im Vergleich

Neben der geringen Wahlbeteiligung und der geringen Medienaufmerksamkeit wird oftmals konstatiert, dass sich Europawahlen durch deutlich geringere Kampagnenaktivitäten auszeichnen (Tenscher 2005, 2011b). Nicht nur in den Augen der Bürger/-innen, sondern auch in den Augen der Parteien und der Kandidatinnen und Kandidaten, so die Überlegung, sind Wahlen zum Europäischen Parlament von weit geringerer Relevanz, was letztlich den Nutzen von Investitionen, egal welcher Natur, weniger sinnvoll macht, als dies bei Landtags- oder gar Bundestagswahlen der Fall ist.

Im Jahr 2009 fanden Bundestags- und Europawahl in kurzer zeitlicher Abfolge statt. Dies ist für einen Vergleich der Wahlkämpfe insofern äußerst günstig, als sich – nicht zuletzt durch die neuen Medien und soziale Netzwerke – Wahlkampfführung teilweise rasant verändert (Norris 2000; Plasser und Plasser 2000; Giebler und Wüst 2011a). Darüber hinaus ist der allgemeine Kontext sehr ähnlich und entsprechend können Unterschiede maßgeblich auf die unterschiedliche Wahlebene bzw. den Charakter der Wahl als Haupt- oder Nebenwahl zurückgeführt werden.

Eine Möglichkeit des Vergleichs der Wahlkämpfe bieten die Ausgaben der etablierten Parteien. Nicht überraschend liegen die Gesamtausgaben bei der Bundestagswahl mehr als doppelt so hoch, wie bei den Europawahlen – 70 Millionen vs. 30 Millionen Euro (Tenscher 2011a). Vergleicht man die Ausgabenunterschiede zwischen den beiden Wahlen nach Parteitypen – also Volksparteien und kleinere Parteien – so ergibt sich kaum ein Unterschied. Über die drei letzten Europawahlen hinweg ist keine Veränderung der Ausgabenhöhe oder gar ein Angleichungstrend zu erkennen. Zumindest bezüglich der Wahlkampfausgaben sind und bleiben Wahlen zum Europäischen Parlament lediglich Wahlen zweiter Klasse – was dann eben auch zu geringerer passiver Mobilisierung führt.

Es lassen sich aber auch Aussagen über die Gesamtprofessionalität der Kampagnen treffen (ebenda). Diese bezieht sich nicht nur auf die Ausgaben, sondern auch auf andere Faktoren zur Struktur und Strategie des Wahlkampfes, wie etwa die Zusammenarbeit mit professionellen Agenturen, stärkere Zielgruppenorientierung oder Personalisierung. Vergleicht man die Kampagnen auf diese Weise, so lässt sich für die Wahlen im Jahr 2009 nur ein über alle Parteien hinweg geringer Vorsprung für die Bundestagswahl feststellen. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Europawahlkampagnen von 2004 zu 2009 einen erstaunlichen Professionalisierungssprung gemacht haben. Sieht man also von den Ausgaben ab, ergeben sich kaum noch Unterschiede, was durchaus zu begrüßen ist. Auch auf diese Weise kann die Relevanz der Europawahlen in den Augen der Bürger/-innen gestärkt werden.

Löst man sich von der Ebene der Parteien hin zur Ebene der Kandidatinnen und Kandidaten, so kommt man zu dem Schluss, dass es auch hier nur relativ geringe Unterschiede gibt. Dies gilt insbesondere, wenn man zwischen mehr und weniger aussichtsreichen Kandidaturen differenziert (Giebler und Wüst 2011b). Betrachtet man zwei klassische Indikatoren der individuellen Wahlkampfintensität, die für den Wahlkampf aufgebracht werden, finanzielle und zeitliche Ressourcen, so liegen die Durchschnittswerte für aussichtsreiche Kandidatinnen und Kandidaten bei Europawahlen sogar höher als die entsprechenden Werte auf nationaler Ebene.

Ist der Eindruck also falsch, dass es sich bei Kampagnen zu Europawahlen in der BRD um Nebenwahlkampagnen handelt? Betrachtet man Grafik 8, so muss dies klar verneint werden. Kampagnen haben – zumindest in ihrer Grundform – zwei Ziele: sie sollen Personen erreichen und sie sollen bei diesen Interesse erzeugen. Nur so kann letztlich eine hohe Wahlbeteiligung erzielt werden.<sup>6</sup> Dies ist

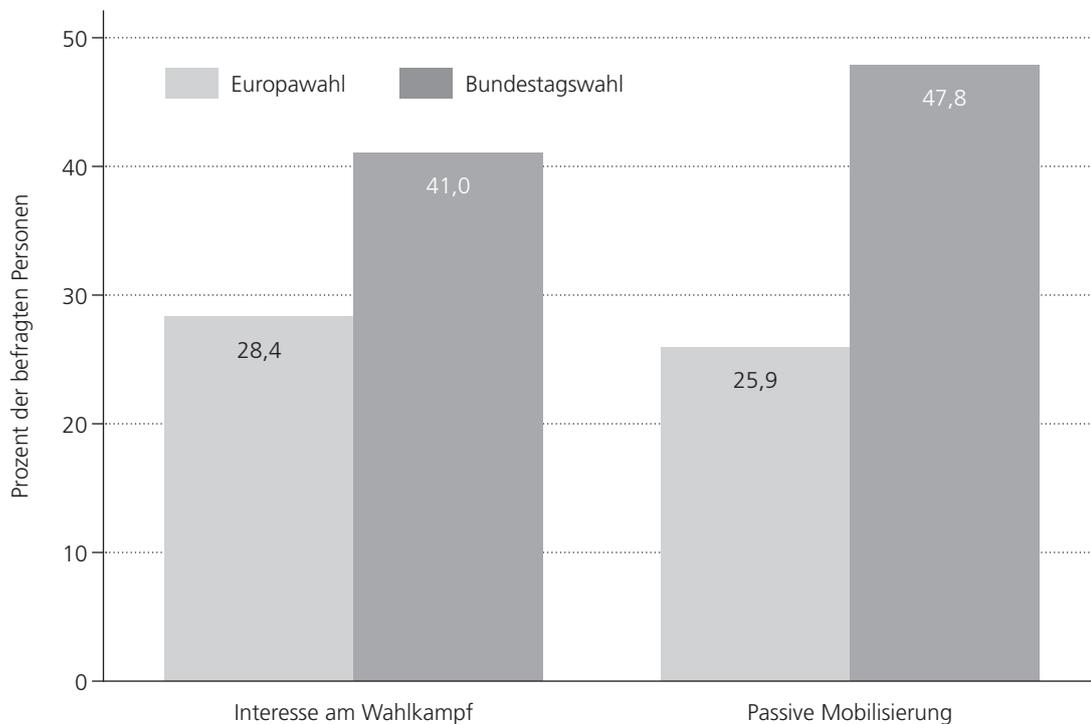
<sup>6</sup> Natürlich streben Parteien nicht nur nach einer hohen Wahlbeteiligung, sondern vor allem nach einem individuellen Wahlerfolg. Aber auch für diese ist es notwendig, Wähler/-innen zu erreichen und zu motivieren, am Wahltag das Kreuz an der „richtigen Stelle zu machen“.

bei Bundestagswahlen eindeutig eher der Fall als bei Europawahlen.<sup>7</sup> Lediglich ein Viertel der befragten Personen gab an, dass sie von einer Partei während des Europawahlkampfes kontaktiert wurden oder im Straßenwahlkampf Informationsmaterial erhalten haben (passive Mobilisierung). Der entsprechende Wert liegt bei der Bundestagswahl 2009 fast doppelt so hoch. Nicht ganz so deutlich ist der Unterschied bezüglich der Frage, inwiefern sich Personen für den Wahlkampf interessiert haben. Da aber gerade politisches Interesse im Allgemeinen und das Interesse am Wahlkampf im Speziellen einen starken Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung hat, fällt dies nichtsdestotrotz stark ins Gewicht.

Es scheint, dass die deutlich geringeren Ressourcen, die insgesamt im Wahlkampf aufgewendet werden, einen starken Effekt auf zentrale Kennzahlen (z. B. Mobilisierungsgrad) haben, die wiederum in einem direkten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung stehen. Dies kann offensichtlich nicht durch ein ähnliches Professionalisie-

rungsniveau ausgeglichen werden. Erschwert wird die Situation durch die geringere Relevanz der Europawahlen, die eben nicht zur Bildung einer Regierung führen und die ein Parlament bestellen, das weit weniger Einfluss als die nationalen Pendanten auf das politische Geschehen hat. Ein weiterer, struktureller Faktor kann zusätzlich zur Erklärung herangezogen werden: das Wahlsystem. Bei Europawahlen werden in einem reinen Verhältniswahlsystem in der BRD lediglich 99 Abgeordnete gewählt. Somit ist im Vergleich zu den Bundestagswahlen nicht nur eine geringere lokale Anbindung der Politiker/-innen zu konstatieren, sondern schlicht zudem die Tatsache, dass die absolute Anzahl der Kandidaten und Kandidatinnen deutlich geringer ist. Auch wenn aussichtsreiche Kandidatinnen und Kandidaten unabhängig der Wahlebene ähnlich engagiert Wahlkampf betreiben, deren Anzahl aber bei Europawahlen deutlich geringer ist, so führt dies – zusammen mit den niedrigeren Ausgaben der Parteien – zu einer geringeren Kampagnenintensität und -dichte (Giebler und Wüst 2011b).

**Grafik 8: Interesse und Mobilisierung im Vergleich**



<sup>7</sup> Die Daten für die Bundestagswahl 2009 stammen von der Deutschen Wahlstudie GLES (Rattinger et al. 2011). Es handelt sich dabei ebenfalls um eine Nachwahlbefragung.

## Europa- und Bundestagswahlen im Vergleich

In den bisherigen Kapiteln wurden maßgeblich deskriptive Befunde präsentiert bzw. Befunde, die auf bivariaten Analysen beruhen. Zudem wurde der Vergleich zwischen Verhalten bei Europa- und Bundestagswahlen lediglich an wenigen Stellen explizit durchgeführt. In diesem abschließenden Kapitel werden nicht nur direkte Vergleiche durchgeführt, sondern auch komplexere Verfahren verwendet, um die Einflussstärke einzelner Faktoren vergleichen zu können. Im ersten Unterkapitel werden Determinanten der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit verglichen, während im zweiten Unterkapitel Unterschiede zwischen den Determinanten der Parteiwahlwahrscheinlichkeit untersucht werden. Schließlich wird überprüft, ob Volksparteien in Deutschland tatsächlich bei Europawahlen schlechter als bei Bundestagswahlen abschneiden.

Für den direkten Vergleich können leider nur Faktoren herangezogen werden, welche sowohl in der Europäischen Wahlstudie als auch in der entsprechenden Studie der GLES (German Longitudinal Election Study) vorliegen. Dies hat zur Folge, dass nicht alle Faktoren, die oben im Bezug auf die Europawahlen präsentiert wurden oder die öffentlich debattiert werden, berücksichtigt werden können. Nichtsdestotrotz ist die Anzahl der gemeinsamen

Faktoren ausreichend hoch, um Erklärungsmodelle zu verwenden, die sehr ähnlich zu jenen sind, die in gängigen Publikationen im Bereich der Wahlbeteiligung und Parteiwahl genutzt werden.<sup>8</sup>

### Determinanten der Wahlbeteiligung im Vergleich

Die faktische Höhe der Wahlbeteiligung bei Europawahlen liegt weit unter jener bei Bundestagswahlen (s.o.). Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass sich die Gründe für eine Wahlbeteiligung bzw. die Einflussstärke einzelner Faktoren zwischen den beiden Wahlen unterscheiden. Um einen direkten Vergleich zu ermöglichen, wurden zwei identische Erklärungsmodelle berechnet, die jeweils die Wahlbeteiligung vorhersagen sollen. Die Modelle beinhalten sowohl soziodemographische Merkmale als auch Einstellungsvariablen. Auf dieser Basis lässt sich für jeden Faktor bei der jeweiligen Wahl der Einfluss, also die Veränderung der Beteiligungswahrscheinlichkeit, berechnen. Dabei wird dieser Einfluss auf die Effekte der anderen Faktoren kontrolliert. Ergibt sich kein signifikanter Einfluss, so ist dies in der Tabelle mit n.s. (nicht signifikant) gekennzeichnet.

8 Aus methodologischer Perspektive ist der Vergleich von Schätzungen, die auf getrennt erhobenen Daten erhoben wurden, nicht unproblematisch. So können Unterschiede etwa auch auf divergierende Frageformulierungen oder ähnlichem beruhen. Entsprechend sollten die präsentierten Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Tabelle 1: Berechnung der Beteiligungswahrscheinlichkeit

Indikator	Wahlbeteiligung Europawahl	Wahlbeteiligung Bundestagswahl
	Änderung der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit (in Prozentpunkten)	
Alter (pro Jahr)	0,6	0,3
Migrationshintergrund	-14,3	n.s.
Einkommen (pro Skalenpunkt)	5,8	1,4
<i>Bildung</i>		
niedrig vs. mittel	10,9	6,1
niedrig vs. hoch	17,1	9,7
Passive Mobilisierung	n.s.	n.s.
<i>Interesse am Wahlkampf</i>		
sehr vs. etwas	-22,3	n.s.
sehr vs. wenig	-31,9	n.s.
sehr vs. kein	-50,7	-31,4
<i>Demokratiezufriedenheit</i>		
sehr vs. ziemlich	n.s.	-11,7
sehr vs. weniger	n.s.	-14,4
sehr vs. unzufrieden	-28,8	-25,0
Parteieneigung	n.s.	13,1
Entfremdung (pro Skalenpunkt)	n.s.	-2,4
Indifferenz	-20,4	-11,9
<b>Korrekt vorhergesagte Fälle</b>	<b>71%</b>	<b>84%</b>

Anmerkung: Die Ergebnisse beruhen auf logistischen Regressionen, die durch Anpassungsgewichte korrigiert wurden. Es handelt sich im Einzelnen um Wahrscheinlichkeitsveränderungen, da Koeffizienten aus logistischen Regressionen nicht direkt miteinander verglichen werden können. Für die Berechnung der einzelnen Effekte werden jeweils alle anderen Faktoren auf den empirischen Mittelwert gesetzt.

Zuoberst weist die Tabelle die Effekte der soziodemographischen Merkmale aus. Für alle Faktoren – Alter, Migrationshintergrund, Einkommen und Bildung – ergeben sich höhere Wahrscheinlichkeitsveränderungen bezüglich der Europawahlbeteiligung. So steigt etwa die Wahrscheinlichkeit, an der Europawahl teilzunehmen um 0,6 Prozentpunkte für jedes zusätzliche Lebensjahr, während der Effekt bei Bundestagswahlen lediglich 0,3 Prozentpunkte beträgt. Ein Migrationshintergrund hat keinen Effekt bei der Bundestagswahl, während Personen mit Migrations-

hintergrund deutlich seltener an der Europawahl teilnehmen. Für die Frage des Einkommens und der Bildung ergeben sich ähnliche Unterschiede. Zusammengefasst bedeutet dies, dass soziodemographische Faktoren bei der Europawahl einen deutlich höheren Einfluss aufweisen. Europawahlen sind also deutlich selektiver bezüglich soziodemographischer Faktoren. So weist bei einer Europawahl eine 25-jährige Person mit Migrationshintergrund, niedriger Bildung und geringem Einkommen lediglich eine Wahrscheinlichkeit von sechs Prozent auf, sich an der

Wahl zu beteiligen. Diese Wahrscheinlichkeit steigt um fast 55 Prozent, wenn es sich stattdessen um eine 50-jährige Person ohne Migrationshintergrund, mit mittlerer Bildung und mittlerem Einkommen handelt. Überträgt man dies auf die Bundestagswahl, so fällt der Unterschied mit lediglich 30 Prozent deutlich geringer aus.

Interessanterweise ergibt sich für keine der Wahlen ein signifikanter Effekt für die passive Mobilisierung, also die Unterscheidung zwischen Personen, die von einer Partei kontaktiert wurden. Es gibt – wie oben gezeigt – zwar große Unterschiede in der Häufigkeit der passiven Mobilisierung zwischen Haupt- und Nebenwahlen; einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat dies jedoch nicht. Anders sieht es bezüglich des Interesses am Wahlkampf aus. Zwar ergeben sich auch hier nicht signifikante Effekte, allerdings nur bei der Bundestagswahl und für den Unterschied zwischen sehr großem Interesse auf der einen und etwas und geringem Interesse auf der anderen Seite. Im Kontext der Europawahlen reichen schon kleine, graduelle Unterschiede, um einen großen Effekt zu erzeugen. Personen, die lediglich angaben, etwas Interesse an der Wahl gehabt zu haben, nehmen mit einer um 22 Prozent geringeren Wahrscheinlichkeit teil als Personen mit großem Interesse. Selbst wenn die beiden größten Unterschiede – sehr großes Interesse vs. kein Interesse – verglichen werden, ergibt sich ein viel stärkerer Effekt bei den Europawahlen. Wie erwartet spielt Interesse an der Europawahl also eine außerordentlich relevante Rolle für die Wahlbeteiligung. Hier liegt mit Sicherheit auch ein Ansatzpunkt für Parteien und andere Akteure vor, deren Ziel es ist, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich das Interesse an der Europawahl automatisch im Zeitverlauf erhöht. Gleichzeitig kann Interesse aber durch bestimmte Kampagnenstrategien, die enge Einbeziehung der Medien oder etwa ein TV-Duell auch bei den Europawahlen durchaus geweckt werden. In Bezug auf die Europawahl 2014 kann vorsichtig gemutmaßt werden, dass diese Aktivitäten aufgrund der europäischen Wirtschaftskrise auf fruchtbaren Boden fallen würden. Die europäische Ebene war in den letzten Jahren präsenter als je zuvor in der BRD; entsprechend sollte auch mehr generelles Interesse an solchen Aktivitäten bestehen. Die Kandidatur der „Alternative für Deutschland“

wird zudem zu einer stärkeren Polarisierung des Parteienangebots führen, was wiederum mehr Aufmerksamkeit auf den Wahlkampf lenken könnte.

Als Bezugspunkt für die Demokratiezufriedenheit wurde jeweils die Ebene verwendet, auf die sich auch die Wahl bezieht. Im Fall der Europawahl handelt es sich also um die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU, während es sich für die Bundestagswahl um die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie handelt. Für die Bundestagswahl ergeben sich signifikante Effekte für alle graduellen Unterschiede; bei der Europawahl lediglich für die größtmögliche Differenz in den Bewertungen. Dieser Effekt ist dann allerdings auch etwas stärker als bei der Bundestagswahl.

Ein Blick auf die Parteineigung offenbart (erneut) ein erstaunliches Ergebnis. Während sich für die Bundestagswahl der erwartete Effekt zeigt – Personen mit einer Parteineigung nehmen eher an einer Wahl teil – kann keinerlei Zusammenhang bei der Europawahl nachgewiesen werden. Da Parteineigung, wenn auch vielleicht nicht in ihrer Stärke, eine über Zeit eher stabile Bindung darstellt, kann dies nur bedeuten, dass es Parteien bei den Europawahlen nicht gelingt, das jeweilige Stammklientel zu einer Wahlteilnahme zu mobilisieren bzw. zu motivieren. Dies mag im Kontext einer nationalen Wahl aufgrund der inhärenten Relevanz und der größeren Medienaufmerksamkeit einfacher sein, jedoch scheint auch hier Potential für eine höhere Wahlbeteiligung bei Europawahlen zu schlummern.

Schließlich beinhalten die Erklärungsmodelle auch die bereits oben eingeführten Variablen zur Messung von Entfremdung und Indifferenz. Die individuell wahrgenommene Attraktivität des politischen Angebots führt zu keiner Veränderung der Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit bei Europawahlen. Bei Bundestagswahlen wirkt sich Entfremdung theoriekonform negativ auf die Beteiligung aus. Die Wahlteilnahme bei den Europawahlen ist also bezüglich Entfremdung weit weniger eine auf das Angebot bezogene rationale Entscheidung. Selbst wenn das generelle Angebot positiv oder zumindest neutral beurteilt wird, geht man nicht unbedingt zur Wahl. In

gewisser Weise kann dies auch als Konsequenz der als geringer eingeschätzten Relevanz verstanden werden. Selbst wenn das Angebot attraktiv ist, ergibt sich aus einer Wahlbeteiligung zu wenig individueller Nutzen. Der Einfluss von Indifferenz wiederum deutet in eine andere Richtung. Befragte Personen, die der Meinung sind, dass es keinen Unterschied macht, wie eine Wahl ausgeht, nehmen weniger wahrscheinlich an dieser teil. Dabei ist der Effekt mit über 20 Prozent bei Europawahlen deutlich höher. Zusammen ergibt sich ein Bild, welches durchaus mit einer Beschreibung des Europäischen Parlaments in der öffentlichen Debatte vereinbar ist. Da keine Regierung gewählt wird und die europäische Legislative deutlich schwächer als ihre nationalen Pendanten sind, wirkt sich eine daraus entstehende Indifferenz stark aus. Bei einer solchen Einschätzung des Parlaments ist es dann nur noch sekundär, ob das zur Wahl stehende Parteiangebot attraktiv ist oder nicht.

Jenseits der Diskussion der Determinanten können die Ergebnisse der Schätzmodelle auch herangezogen werden, um ihre eigene Güte zu überprüfen. Die Anzahl der korrekt vorhergesagten Entscheidungen – also Beteiligung bzw. Abstinz – dient als einfach nachvollziehbares Maß. Eine Vorhersage ist dann korrekt, wenn sie für Personen, die an der Wahl teilgenommen haben, eine Beteiligungswahrscheinlichkeit größer 50 Prozent vorhersagt bzw. eine Wahrscheinlichkeit von unter 50 Prozent, wenn keine Beteiligung vorlag. Konkret kann das Modell für die Europawahlen 71 Prozent der Entscheidungen korrekt vorhersagen; bei Bundestagswahlen liegt der Wert bei 84 Prozent. Beide Modelle erweisen sich somit als gute Schätzmodelle. Es ist jedoch auffällig, dass sich ein relativ großer Unterschied zugunsten des Bundestagswahlmodells ergibt. Mit anderen Worten: die Frage, ob eine Person an der Europawahl teilnimmt oder nicht, lässt sich weniger gut mit den klassischen Ansätzen der Wahlforschung erklären, als dies bei der Bundestagswahl der Fall ist. Dies kann als ein weiterer Hinweis dafür angesehen werden, dass bezüglich der Wahlbeteiligung gravierende Unterschiede im Vergleich von Neben- zu Hauptwahlen vorliegen.

Es kann festgehalten werden, dass sich einige relevante Unterschiede bezüglich der individuellen Determinanten

der Wahlbeteiligung bei Europa- und Bundestagswahlen identifizieren lassen. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die Wahlbeteiligung bei den beiden Wahlen im Jahr 2009 – also trotz ihrer zeitlichen Nähe – so stark divergiert. Besonders auffällig sind die stärkeren Effekte soziodemographischer Faktoren, aber auch des Interesses an der Wahl auf der europäischen Ebene. Darüber hinaus entfällt der wichtige und positive Einfluss der Parteineigung.

### Determinanten der Wahlentscheidung im Vergleich

Im vorangegangenen Unterkapitel konnte gezeigt werden, dass große Unterschiede zwischen den Determinanten der Wahlbeteiligung bei Europa- und Bundestagswahlen existieren. Hier soll nun mit einer ähnlichen Herangehensweise überprüft werden, ob sich für die konkrete Wahlentscheidung, also die Entscheidung zugunsten einer bestimmten Partei, ebenfalls Differenzen aufzeigen lassen. Dies wäre durchaus konsistent mit den theoretischen Annahmen bezüglich Nebenwahlen (Oppenhuis 1995; Oppenhuis et al. 1996; Schmitt et al. 2009). So wird etwa argumentiert, dass Wähler/-innen weniger strategisch oder rational entscheiden, da bei Europawahlen deutlich weniger auf dem Spiel steht. Zudem werden diese Wahlen genutzt, um Parteien – insbesondere Regierungsparteien – einen Denkmittel zu verpassen (Anderson und Ward 1996).

Für einen Vergleich wurde ein einfaches Erklärungsmodell aufgestellt, welches die Entscheidung zugunsten einer Partei – bei der Bundestagswahl bezogen auf die Zweitstimme – vorhersagt. Die etablierten Parteien, CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen werden dabei jeweils als Entscheidungsalternativen mit divergierenden Merkmalen definiert. Dies ist notwendig, da die Wahlentscheidung für eine Partei immer konditional zu der Nichtwahl der anderen Parteien und umgekehrt ist. Entsprechend basieren die Ergebnisse auf Unterschieden zwischen Parteien – oder zumindest Unterschieden, welche die befragte Person wahrnimmt bzw. einschätzt. Dieser Ansatz lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen: Wichtig für die Wahlentscheidung ist die Frage, inwie-

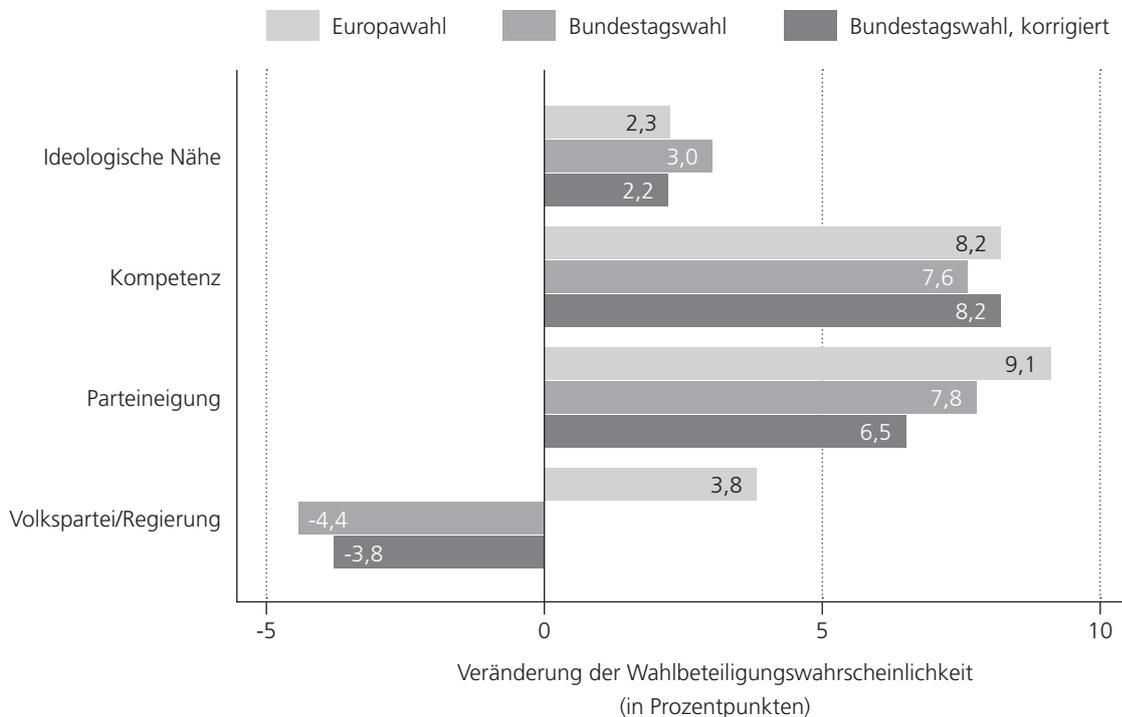
fern eine Partei die eigene ideologische oder programmatische Position vertritt. Je näher die Partei an der eigenen Position, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, diese Partei auch zu wählen. In den beiden für den Vergleich herangezogenen Datensätzen findet sich für jede befragte Person sowohl die eigene Position auf der Links-Rechts-Dimension als auch die Einschätzung der Positionen der etablierten Parteien. Mithilfe dieser Informationen kann für jede Kombination aus befragter Person und Partei eine spezifische Distanz auf dieser zentralen Dimension des politischen Wettbewerbs bestimmt werden (Pappi und Shikano 2007: 36ff.). Das Erklärungsmodell prüft dann, ob und welchen Effekt diese ideologische Nähe zu den Parteien auf die Wahlwahrscheinlichkeit hat.

Ein solches Modell berücksichtigt keine Faktoren, die konstant sind, also etwa Faktoren wie Geschlecht oder Alter. Dies ist aber insofern nicht problematisch, als dass Faktoren dieser Art ohnehin „vorgelagert“ sind. Damit ist

gemeint, dass etwa die sozialstrukturelle Position zwar etwa die Parteineigung oder aber die eigene Position auf der Links-Rechts-Dimension prägt, aber keinen oder kaum direkten Einfluss auf die Wahlentscheidung besitzt (Miller und Shanks 1996: 189ff.; Dalton 2002: 172ff.).

Neben der bereits angesprochenen ideologischen Nähe wurde zudem eine eventuell vorhandene Parteineigung bzw. Kompetenzzuschreibung berücksichtigt. Letztere bezieht sich auf die Frage, welche der Parteien in der Lage ist, das wichtigste, aktuelle Problem in Deutschland zu lösen. Schließlich beinhaltet das Modell auch die Information, ob es sich bei der Partei um eine Regierungs- bzw. Volkspartei handelt. Leider sind Regierungs- und Volksparteien bei den Wahlen 2009 identisch, so dass nicht geklärt werden kann, ob der Effekt auf die Eigenschaft der Parteien als Regierungs- oder Volksparteien zurückgeht.

Grafik 9: Determinanten der Wahlentscheidung im Vergleich



Anmerkung: Die Balken stellen Wahrscheinlichkeitsveränderungen dar. Für die Berechnung der einzelnen Effekte werden jeweils alle anderen Faktoren auf den empirischen Mittelwert gesetzt.

Die Ergebnisse werden in Grafik 9 dargestellt.<sup>9</sup> Es werden jeweils Wahlwahrscheinlichkeitsveränderungen abgebildet; entscheidend ist hier weniger die absolute Höhe der Balken – eine Interpretation dieser ist etwas komplizierter aufgrund der Schätzmethode des statistischen Verfahrens – als ein Vergleich zwischen den Wahlen, also die relative Höhe der Balken. Alle Faktoren haben einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung und die Erklärungskraft der Modelle ist sehr hoch. Somit kann nicht nur eine ausreichende Verlässlichkeit der Aussagen angenommen, sondern auch die These bestätigt werden, dass diese Variablen einen sehr großen Teil vorgelagerter Faktoren beinhalten. Vergleicht man in einem ersten Schritt die entsprechenden Balken für die Europawahl und die Bundestagswahl, so ergeben sich offenkundig und mit lediglich einer Ausnahme kaum Unterschiede. Der Einfluss von Parteineigung und Kompetenzzuweisen ist bei Europawahlen etwas größer, während der Einfluss der ideologischen Nähe etwas geringer ausfällt. Dies bedeutet nicht nur, dass sich das Wahlverhalten bei den beiden Wahlen im Jahr 2009 kaum unterschieden hat, sondern auch, dass sich kein eindeutiges Bild für mehr strategisches Wählen bei Bundestagswahlen zeigt. Strategisches Wählen zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass etwa aufgrund von koalitionsstrategischen Überlegungen nicht die Erst-, sondern z.B. die Zweitpräferenz gewählt wird. Da die Erstpräferenz eher mit einer Parteineigung, ideologischer Nähe und Kompetenzzuweisung assoziiert ist, sollten diese Faktoren alle eine schwächere Rolle spielen, je mehr strategisches Wahlverhalten zu beobachten ist. Im konkreten Fall gilt dies aber nur für zwei von drei Merkmalen, was also lediglich mehr strategisches Verhalten bei Bundestagswahlen bestätigt – und dies auch nur auf sehr geringem Niveau, wie die Unterschiede der Balken zeigen. Die einzige wirkliche Differenz für die Wahlwahrscheinlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, ob es sich um eine Volks- bzw. Regierungspartei handelt oder nicht. Diese schneiden – entgegen der Bestrafungshypothese – bei Europawahlen signifikant besser ab als die verbleibenden Parteien. Dieser Effekt tritt auf, obwohl auf die anderen Faktoren kontrolliert wird. Bei der Bundestagswahl dreht sich der Einfluss um. Dies ist nicht

überraschend, haben doch Union und SPD zusammen noch nie ein schlechteres Ergebnis bei einer Bundestagswahl erzielt als bei der Wahl 2009.

Neben den bereits besprochenen Regressionsanalysen wurde auch ein weiteres Modell für die Bundestagswahl berechnet, welches den Personenkreis auf jene Befragte beschränkt, die auch angegeben haben, bei der Europawahl gewählt zu haben. Für drei der vier Faktoren kommt es zu einer Angleichung der Effekte, es gibt also noch weniger Unterschiede zwischen den beiden Wahltypen. Lediglich bei der Parteineigung ergibt sich ein geringfügig größerer Unterschied; aus einer Differenz von 1,3 Prozentpunkten wird eine Differenz von 2,6.

Vergleicht man die Wahlergebnisse der beiden Wahlen, die nur wenige Monate auseinander lagen, so ergibt sich im Aggregat durchaus eine Differenz. Betrachtet man die elektorale Volatilität – also die absolute Differenz der Stimmanteile bei den beiden Wahlen für jede Partei bzw. in Summe – so ergibt sich der kleinste Wert für Bündnis90/Die Grünen (1,4 Prozentpunkte) und der höchste Wert für die CDU/CSU (4,1 Prozentpunkte).

Wie lassen sich diese Unterschiede erklären, wenn doch die Beweggründe einer Wahlentscheidung mehr oder weniger identisch über die beiden Wahlen hinweg sind? Die Antwort darauf ist relativ banal und wird trotzdem selten beachtet. Niemand würde erwarten, dass eine Wahl in Großbritannien dasselbe Ergebnis hervorbringen würde, wie eine Wahl in Deutschland, selbst wenn ein identisches Wahlsystem zum Einsatz käme. Ebenso wäre man nicht verwundert, dass die Gesellschaft der BRD in den 60er Jahren ein anderes Parlament wählen würde als die aktuelle Bevölkerung. Die Begründung ist also schlicht, dass es sich jeweils um unterschiedliche Elektorate handelt, die sich sowohl sozialstrukturell als auch bezüglich ihrer Werteinstellung oder anderen Faktoren drastisch unterscheiden. Wenn sich also wie im vorangegangenen Unterkapitel zeigen lässt, dass sich nicht nur die Wahlbeteiligungsquote, sondern auch die Determinanten der individuellen Wahlbeteiligung unterscheiden, so

9 Bei den Erklärungsmodellen handelt es sich um konditionale, logistische Regressionen (Thurner et al. 2012).

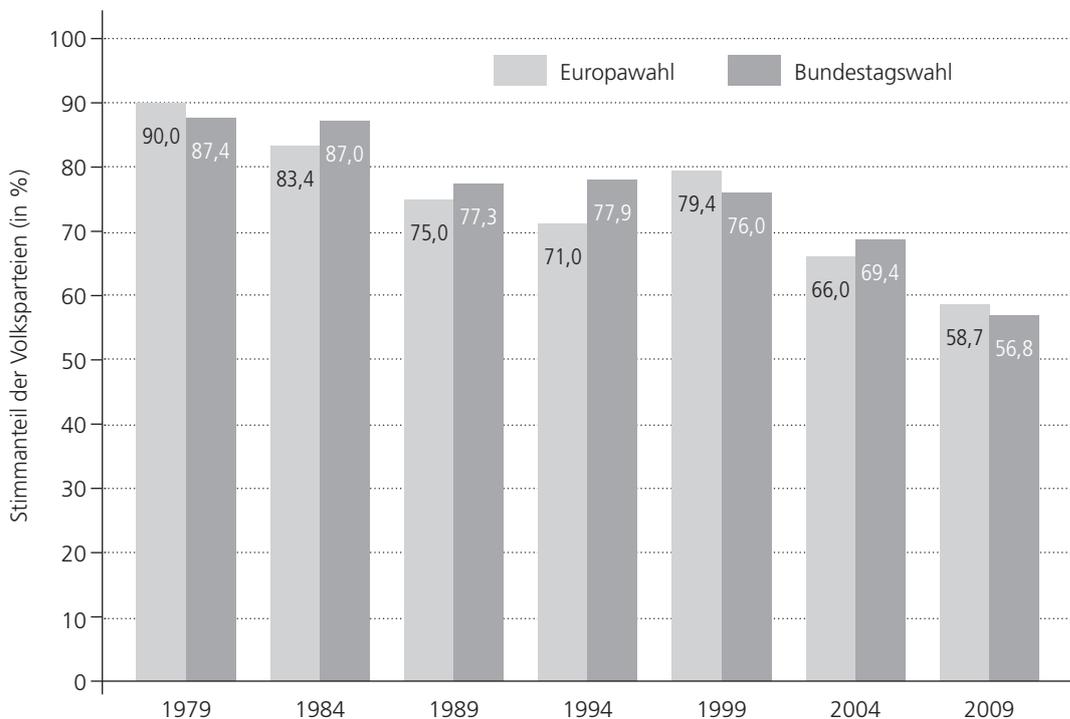
wären identische und nicht unterschiedliche Wahlergebnisse eine Überraschung. Gerade die divergierende Relevanz einzelner Faktoren bedeutet nichts anderes, als dass es systematische Verzerrungen zwischen Personen, die sich bei der Europawahl und jenen, die sich bei der Bundestagswahl beteiligen, gibt. Mit anderen Worten: die Wahlentscheidung wird auf identische Art und Weise getroffen, die Personengruppen, die sie treffen, sind aber zwischen den Wahlen signifikant unterschiedlich. Dafür spricht auch die Angleichung der Effekte im Bundestagsmodell mit kontrolliertem Personenkreis. Wenn also zum Beispiel Personen mit niedrigerem Einkommen oder niedrigeren Bildungsabschlüssen weniger häufig an Neben- als an Hauptwahlen teilnehmen und man gleichzeitig davon ausgehen kann, dass diese Personen eher dem Klientel linker Parteien angehören, so ist es ein logische Konsequenz, dass linke Parteien bei der Europawahl schlechter als bei der Bundestagswahl abschneiden.<sup>10</sup> Tatsächlich errangen die SPD und Die Linke bei der Europawahl 2009 zusam-

men 6,6 Prozentpunkte weniger Stimmen als bei der darauffolgenden Bundestagswahl. Veränderungen sind – zumindest im Kontext der hier betrachteten Wahlen – das Ergebnis unterschiedlicher Wahlbeteiligung und nicht unterschiedlicher Entscheidungskalküle.

### Performanz der Volksparteien im Vergleich

Eine gängige These zum Vergleich von Europawahlen zu Wahlen zum nationalen Parlament lautet, dass große Parteien – also das, was in der Literatur oftmals als Volksparteien bezeichnet wird – zu Gunsten von Klein- und Protestparteien bei Nebenwahlen deutlich an Stimmanteilen verlieren (Reif und Schmitt 1980). Dies lässt sich über alle Europawahlen und Mitgliedsstaaten hinweg auch empirisch zeigen, ohne dass allerdings ein zu- oder abnehmender Trend von 1979 bis 2009 zu identifizieren ist (Hix und Marsh 2011).

Grafik 10: Volksparteien bei Europa- und Bundestagswahlen



10 Bündnis 90/Die Grünen gehören auch zum linken Parteispektrum, allerdings ist das entsprechende Kernklientel bezüglich Bildungsstand und Einkommen eher hoch einzuordnen. Somit ist die Partei auch weniger stark von der selektiven Wahlbeteiligung betroffen als die SPD oder Die Linke.

Wie Grafik 10 zeigt, gibt es aber auch Ausnahmen von einem solchen länder- und zeitübergreifenden Trend. Die Balken bilden jeweils den Stimmanteil der deutschen Volksparteien – CDU, CSU und SPD – für Europa- und Bundestagswahlen ab. Den einzelnen Europawahlen ist jeweils die zeitlich nächstliegende Bundestagswahl zugeordnet. Offensichtlich ergeben sich, mit der moderaten Ausnahme von 1994, keine großen Unterschiede. In drei von sieben Europawahlen vereinigten die Volksparteien bei den Europawahlen sogar mehr Stimmprozente auf sich als bei den korrespondierenden nationalen Wahlen. Im Fall der BRD kann also keineswegs von einer „Bestrafung“ der Volksparteien bei Nebenwahlen die Rede sein. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass, nicht zuletzt durch die Wiedervereinigung, massive Veränderungen im deutschen Parteiensystem in den letzten drei Jahrzehnten zu beobachten waren. Beiden Wahltypen ist jedoch gemein, dass ein genereller Trend weg von den Volksparteien und hin zu den kleineren Mitbewerbern zu erkennen ist. Weder die spezifische Natur der Europawahlen als Nebenwahl, noch die damit verbundene Tatsache, dass die Wahlbeteiligung deutlich geringer ist, hat einen Einfluss auf die Stimmverteilung zwischen Volksparteien und kleineren Parteien.

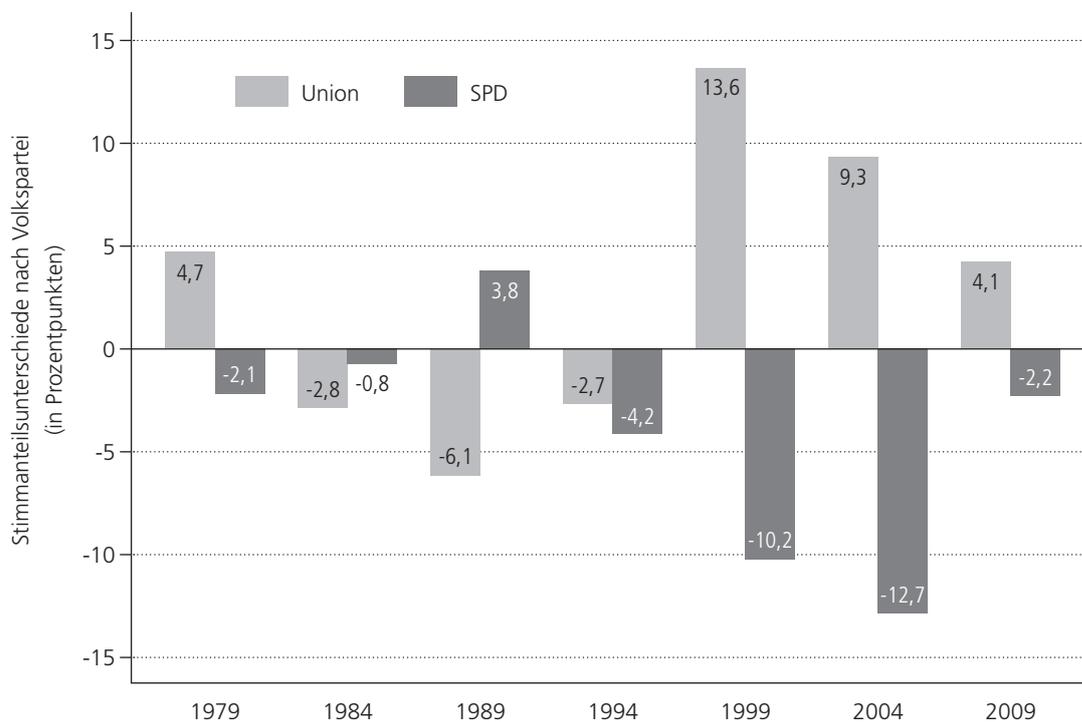
Auf der Basis dieser Ergebnisse ist es nicht verwunderlich, dass sich auch bei den Determinanten der Wahlentscheidung auf individueller Ebene mehr oder weniger keine Unterschiede zwischen der Wahl einer Volkspartei und einer der kleinen Parteien identifizieren lassen. Weder die Parteineigung, noch die Kompetenzzuschreibung wirkt sich anders auf die Wahrscheinlichkeit aus, für eine Partei aus den beiden Gruppen zu stimmen. Einzig bei der ideologischen Nähe ergibt sich ein Unterschied: Wenn eine Person eine äußerst geringe ideologische Nähe zu einer Volkspartei aufweist, ist die Chance sie zu wählen signifikant höher als bei einer kleinen Partei. Dabei sei angemerkt, dass die Wahlwahrscheinlichkeit nichtsdestotrotz relativ gering ist. Dieses Ergebnis ist nicht unplausibel, sind doch Volksparteien auf die Integration weiter Teile der Bevölkerung ausgerichtet, was nicht zuletzt den Verlust klarer und extremer ideologischer Positionen zur Folge hat. Auf diese Weise wirken sie integrierend auf die politische Gemeinschaft und ziehen somit auch

Wähler/-innen an, die ideologisch eher andere Positionen befürworten.

Ein deutlich differenzierteres Bild ergibt sich jedoch, wenn die Volksparteien einzeln betrachtet werden. Zu diesem Zweck wurden jeweils die Differenzen zwischen dem Europawahlergebnis und dem zeitlich nächstliegenden Bundestagswahlergebnis für die Union auf der einen und die SPD auf der anderen Seite berechnet und in Grafik 11 abgebildet. Negative Werte bedeuten, dass die entsprechende Partei bei einer Europawahl weniger Stimmprozent als bei der korrespondierenden Bundestagswahl erringen konnte.

Während die SPD lediglich bei einer Europawahl besser abschnitt, ist dies bei der Union zumindest bei vier von sieben Wahlen der Fall. Insbesondere bei den Wahlen 1999 und 2004 waren die Unterschiede nicht nur konträr, sondern gleichsam immens. Die Aussage, dass Volksparteien bei Nebenwahlen schlechter abschnitten muss also insofern modifiziert werden, als dass es in Deutschland in erster Linie die SPD ist, die massive Verluste hinnehmen muss. Durch die gleichzeitigen Gewinne der Union ergibt sich dann eben die relativ ausgeglichene Bilanz in Grafik 10.

Für das divergierende Abschneiden der unterschiedlichen Volksparteien lassen sich primär zwei Gründe anführen. Erstens, das Stammklientel der SPD unterscheidet sich bezüglich wahlbeteiligungsrelevanter Merkmale (s. o.) durchaus von jenem der Union. Dies gilt insbesondere für Bildung und Einkommen, aber auch für damit verbundene Aspekte wie politisches Interesse oder politisches Wissen. Entsprechend ist eine asymmetrische Partizipation innerhalb der Volksparteien nicht verwunderlich. Zweitens, verlieren neben großen Parteien vor allem auch Regierungsparteien bei den Europawahlen (Reif und Schmitt 1980; Hix und Marsh 2011). Lediglich im Jahr 2009 gelang es einer Regierungspartei, der Union, einen Stimmverlust zu vermeiden. Berücksichtigt man die Tatsache, dass die SPD bei der Mehrzahl der Europawahlen Teil der Bundesregierung war und fügt den für die SPD deutlich negativeren Effekt der niedrigen Wahlbeteiligung hinzu, so ergibt sich ein theoriekonformes Erklärungsmuster.



Als letzter Punkt sei an dieser Stelle angemerkt, dass sich die Aussagen lediglich auf die Stimmanteile beziehen. An absoluten Wählerstimmen verlieren alle Parteien, aber die Volksparteien und insbesondere die SPD in viel stärkerem Maß, bei Europawahlen. Diese schwächere Mobilisierung und Beteiligungsbereitschaft verläuft in der BRD aber weniger asymmetrisch als dies in anderen Ländern der Fall ist. Nichtsdestotrotz stellt die niedrige Wahlbetei-

ligung und damit die niedrige Anzahl an abgegebenen Stimmen pro Partei zwei der Grundziele der Direktwahl des Europäischen Parlaments in Frage: die Stärkung der europäischen Demokratie und die Legitimation der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Projiziert man die Debatte über die sinkende Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen auf die europäische Ebene, so kann man nur zu noch dramatischeren Schlussfolgerungen kommen.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Trotz Globalisierung, der wachsenden Relevanz der Europäischen Union und der Einführung einer transnationalen Währung handelt es sich bei Europawahlen eindeutig um Nebenwahlen. Sie werden also zum einen maßgeblich von Faktoren jenseits der europäischen Ebene beeinflusst, allen voran von Aspekten der nationalen Demokratie. Zum anderen definiert sich der Nebenwahlcharakter über eine geringere Wahlbeteiligung. Hier herrscht weiterhin die Wahrnehmung, nicht ganz zu Unrecht, dass es sich bei Europawahlen eben um weniger relevante Wahlen handelt, bei denen es sich nicht wirklich lohnt, teilzunehmen, weshalb auch die Wahlbeteiligung gering ausfällt.

Für die konkrete Situation in Deutschland ermöglicht diese Studie allerdings eine deutlich differenzierte Beschreibung. Der Hauptfokus dieser Studie lag auf den Determinanten der Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Viele klassische Erklärungsfaktoren wirken auch in Nebenwahlen; hier unterscheidet sich Deutschland nicht von der Mehrzahl anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Soziodemographische Faktoren, aber auch Faktoren wie politisches Interesse, bedingen die Beteiligungswahrscheinlichkeit in starkem Maß. Interessant erscheint, dass typische Indikatoren der sozialen Eingebundenheit, aber vor allem eine vorhandene Parteineigung, keinen Einfluss besitzen. Zentral sind die Ergebnisse des direkten Vergleichs der Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Europa- und der Bundestagswahl 2009. Es ergeben sich drastische Unterschiede, vor allem auch in der Einflussstärke einzelner Merkmale. Europawahlen sind deutlich selektiver, insbesondere bezüglich soziodemographischer Faktoren.

Im Gegensatz dazu werden Wahlentscheidungen bei den beiden Wahlen im Jahr 2009 fast identisch getroffen. Die Annahme, dass Wähler/-innen ihre Entscheidung je nach Wahlebene auf der Basis unterschiedlicher Kalküle treffen, muss für die hier untersuchten Wahlen abgelehnt werden. Die Varianz der Wahlergebnisse lässt sich also

auf die Wahlbeteiligung und nicht das Rational der Wahlentscheidung zurückführen. Diese Varianz wiederum ist auch weniger systematisch als dies in anderen Mitgliedsstaaten der Fall ist. Volksparteien schneiden nicht automatisch schlechter ab. Vielmehr sind einzelne Parteien mehr oder weniger stark von der deutlich geringeren Wahlbeteiligung bei Europawahlen betroffen.

Bei den Wahlkampagnen ist es – zumindest bezüglich der Professionalisierung – zu einer Angleichung gekommen. Nichtsdestotrotz liegt bei Europawahlen eine geringere Mobilisierung und Aktivierung vor. Dies liegt zum einen an den nach wie vor viel geringeren Wahlkampfausgaben der Parteien und an der Tatsache, dass aufgrund der geringeren Mandatszahl weniger aussichtsreiche Kandidatinnen und Kandidaten im Europawahlkampf zu finden sind. Da diese für einen effektiven Wahlkampf sehr relevant sind, kann generell eine geringere Wahlkampfintensität als bei der Bundestagswahl konstatiert werden. In Summe handelt es sich bei der Europawahl 2009 um eine Nebenwahl, die sich aber vor allem bezüglich der Wahlbeteiligung als solcher offenbart. Dies scheint aber ausreichend, um relevante Unterschiede zwischen den Wahlebenen zu erzeugen.

Was folgt daraus für die Europawahl 2014? Es besteht durchaus die Chance, dass sich im Vergleich zu 2009 einige Veränderungen ergeben werden. Europa war in den letzten Jahren äußerst präsent im politischen Diskurs. Dies bietet den Parteien in der BRD durchaus die Möglichkeit, mehr Interesse am Wahlkampf und an der Wahl selbst zu erzeugen. Eine solche Veränderung geschieht natürlich nicht automatisch, aber es kann angenommen werden, dass generell eine größere Aufmerksamkeit in Bezug auf die europäische Ebene existiert. Spezielle Kampagnen, z.B. ausgerichtet auf jüngere Bürger/-innen, aber auch neue Instrumente wie etwa ein TV Duell könnten hier einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung leisten. Zusätzlich könnte aber auch die Verringe-

rung der Sperrklausel von fünf auf drei Prozent – wenn sie nicht sogar noch ganz abgeschafft wird – und die Existenz der „Alternative für Deutschland“ die Wahlbeteiligung erhöhen. So sind die Europawahlen nicht nur für die Anhänger/-innen kleiner Parteien attraktiver, sondern es tritt auch zum ersten Mal seit langer Zeit eine euroskeptische Alternative an, die nicht dem rechtsradikalen Lager entstammt. Dies kann dann aber auch zur Folge haben, dass sich stärkere Unterschiede zwischen den Wahlergebnissen der beiden Ebenen ergeben als dies 2009 der

Fall war. Da gerade die Wahlbeteiligung das größte Problem im Sinne der Nebenwahl in Deutschland darstellt, muss wohl in Kauf genommen werden, dass mehr Partizipation mit mehr Parteifragmentierung und einem auch im Europäischen Parlament vertretenen Euroskeptizismus einhergeht. Ein auf diese Weise offensichtlicher Wettbewerb in und um Europa kann ein Schlüssel sein, um Europawahlen zumindest näher an die Charakterisierung als Hauptwahl zu bringen. Schon eine Angleichung an Landtagswahlen in Deutschland wäre ein großer Erfolg.

- Anderson, Christopher J. und Daniel S. Ward (1996): Barometer Elections in Comparative Perspective. *Electoral Studies* 15, 447-460.
- Blais, André (2000): *To Vote or Not to Vote. The Merits and Limits of Rational Choice Theory*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- (2006): What Affects Voter Turnout? *Annual Review of Political Science* 9, 111-125.
- Brody, Richard A. und Benjamin I. Page (1973): Indifference, alienation and rational decisions. *Public Choice* 15, 1-17.
- Burden, Barry C. und David C. Kimball (2002): *Why Americans Split Their Ticket: Campaigns, Competition, and Divided Government*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Caballero, Claudio (2005): Nichtwahl. In Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.) *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, 329-365.
- Campbell, Angus (1960): Surge and Decline: A Study of Electoral Change. *Public Opinion Quarterly* 24, 397-418.
- Campbell, Angus, Philip Converse, Warren E. Miller und Donald Stokes (1960): *The American Voter*. New York: Wiley.
- Campbell, James E. (1997): *The Presidential Pulse of Congressional Elections. 2<sup>nd</sup> edition*. Lexington: University Press of Kentucky.
- Cayrol, Roland (1991): European elections and the pre-electoral period: Media use and campaign evaluations. *European Journal of Political Research* 19, 17-29.
- Dalton, Russel J. (2002): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, Third Edition*. New York: Seven Bridges.
- De Vreese, Claes H., Edmund Lauf und Jochen Peter (2007): The media and European Parliament elections: Second-rate coverage of a second-order event? In Wouter Van der Brug und Cees Van der Eijk (Hrsg.) *European Elections & Domestic Politics: Lessons from the past and scenarios for the future*. Notre Dame: University of Notre Dame Press, 116-130.
- De Vries, Catherine E. (2010): EU Issue Voting: Asset or Liability? How European Integration Affects Parties' Electoral Fortunes. *European Union Politics* 11, 89-117.
- De Vries, Catherine E., Wouter Van der Brug, Marcel Van Egmond und Cees Van der Eijk (2011): Individual and Contextual Variation in EU Issue Voting: The Role of Political Information. *Electoral Studies* 30, 16-28.
- Dinkel, Reiner (1977): Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. *Politische Vierteljahresschrift* 18, 349-359.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley and Sons.

- Franklin, Mark (2004): *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies Since 1945*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Giebler, Heiko (i.E.): Contextualizing Turnout and Party Choice: Electoral Behaviour on Different Political Levels. In Bernhard Weßels, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher und Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.) *Voters on the Run or on the Move?* Oxford: Oxford University Press,
- Giebler, Heiko und Andreas M. Wüst (2011a): Campaigning on an Upper Level? Individual Campaigning in the 2009 European Parliament Elections in its Determinants. *Electoral Studies* 30, 53-66.
- (2011b): Individuelle Wahlkämpfe bei der Europawahl 2009. Länderübergreifende und ebenenspezifische Befunde. In Jens Tenscher (Hrsg.) *Kampagnen nach Wahl*. Wiesbaden: VS Verlag, 121-152.
- Hinich, Melvin J. und Michael C. Munger (1997): *Analytical politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hix, Simon und Michael Marsh (2011): Second-Order Effects Plus Pan-European Political Swings: An Analysis of European Parliament Elections Across Time. *Electoral Studies* 30, 4-15.
- Hobolt, Sara B. und Jill Wittrock (2011): The second-order election model revisited: An experimental test of vote choices in European Parliament elections. *Electoral Studies* 30, 29-40.
- Irwin, Gallen (1995): Second-order or Third-rate? Issues in the Campaign for the Elections for the European Parliament 1994. *Electoral Studies* 14, 183-199.
- Kaack, Heino (1974): Landtagswahlen und Bundesrepublik. In Dieter Just und Lothar Romain (Hrsg.) *Auf der Suche nach dem mündigen Wähler*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung,
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet (1944): *The People's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Linde, Jonas und Joakim Ekman (2003): Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics. *European Journal of Political Research* 42, 391-408.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Maier, Michaela und Jens Tenscher Hrsg. (2006): *Campaigning in Europe – Campaigning for Europe*. Münster: LIT.
- Marsh, Michael (2007): European Parliament elections and losses by governing parties. In Wouter Van der Brug und Cees Van der Eijk (Hrsg.) *European Elections & Domestic Politics: Lessons from the past and scenarios for the future*. Notre Dame: University of Notre Dame Press, 51-72.
- Marsh, Michael und Slava Mikhaylov (2010): European Parliament elections and EU governance. *Living Reviews in European Governance* 5, 1-30.
- Miller, Warren E. und J. Merrill Shanks (1996): *The New American Voter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (2000): *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Oppenhuis, Erik (1995): *Voting Behavior in Europe*. Het Spinhuis: Amsterdam.
- Oppenhuis, Erik, Cees van der Eijk und Mark N. Franklin (1996): The Party Context: Outcomes. In Cees Van der Eijk und Mark N. Franklin (Hrsg.) *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of the Union*. Ann Arbor: The University of Michigan Press, 287-305.
- Pappi, Franz U. und Susumu Shikano (2007): *Wahl- und Wählerforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Plasser, Fritz und Gunda Plasser (2000): *Global Political Campaigning: A Worldwide Analysis of Campaign Professionals and Their Practices*. Westport: Praeger.
- Rattinger, Hans, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck und Bernhard Weßels (2011): *Nachwahl-Querschnitt (GLES 2009)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5301 Datenfile Version 4.0.0, doi:10.4232/1.10998.
- Reif, Karlheinz (1984): National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984. *Electoral Studies* 3, 224-255.
- Reif, Karlheinz und Hermann Schmitt (1980): Nine Second-Order National Elections - A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research* 8, 3-44.
- Rittberger, Berthold (2012): Institutionalizing Representative Democracy in the European Union: The Case of the European Parliament. *Journal of Common Market Studies* 50, 18-37.
- Schmitt, Hermann, Alberto Sanz und Daniela Braun (2009): Motive individuellen Wahlverhaltens in Nebenwahlen: Eine theoretische Rekonstruktion und empirische Überprüfung. In Oscar W. Gabriel (Hrsg.) *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag, 585-605.
- Schuck, Andreas R. T., Georgios Xezonakis, Matthijs Elenbaas, Susan A. Banducci und Claes H. De Vreese (2011): Party Contestation and Europe on the News Agenda: The 2009 European Parliament Elections. *Electoral Studies* 30, 41-52.
- Steinbrecher, Markus (2011): Stell dir vor, es ist Wahl und kaum einer geht hin! Die Beteiligung bei Europawahlen im Spiegel der Wahlforschung. In Jürgen Mittag (Hrsg.) *30 Jahre Direktwahl zum Europäischen Parlament (1979 - 2009)*. Baden-Baden: Nomos, 153-176.
- Tenscher, Jens Hrsg. (2005): *Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*. Wiesbaden: VS Verlag.
- (2011a): Defizitär – und trotzdem professionell? Die Parteienkampagnen im Vergleich In Jens Tenscher (Hrsg.) *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*. Wiesbaden: VS Verlag, 65-95.
- Hrsg. (2011b): *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Turner, Paul W., Ingrid Mauerer und Martin Binder (2012): Parteienspezifisches Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009. In Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.) *Wählen in Deutschland*. PVS Sonderheft 45. Baden-Baden: Nomos, 302-320.

- Tufte, Edward R. (1975): Determinants of the Outcomes of Midterm Congressional Elections. *American Political Science Review* 69, 812-826.
- van Egmond, Marcel, Wouter van der Brug, Sara Hobolt, Mark Franklin und Eliyahu V. Sapir (2011): *European Parliament Election Study 2009, Voter Study*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5055 Data file Version 1.0.0, doi:10.4232/1.10202.
- Völkl, Kerstin, Kai-Uwe Schnapp, Everhard Holtmann und Oscar W. Gabriel Hrsg. (2008): *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Weßels, Bernhard und Mark N. Franklin (2009): Turning Out or Turning Off: Do Mobilization and Attitudes Account for Turnout Differences between New and Established Member States at the 2004 EP Elections? *Journal of European Integration* 31, 609-626.
- Wüst, Andreas M. und Markus Tausendpfund (2009): 30 Jahre Europawahlen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2009, 3-9.

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Grafik 1: Wahlbeteiligung im Vergleich .....	5
Grafik 2: Soziodemographische Merkmale I und Wahlbeteiligung .....	11
Grafik 3: Soziodemographische Merkmale II und Wahlbeteiligung .....	12
Grafik 4: Politische Versiertheit und Wahlbeteiligung .....	13
Grafik 5: Demokratiezufriedenheit, Evaluation der EU und Wahlbeteiligung .....	14
Grafik 6: Aktive und passive Mobilisierung und Wahlbeteiligung.....	15
Grafik 7: Parteineigung, Indifferenz, Entfremdung und Wahlbeteiligung .....	16
Grafik 8: Interesse und Mobilisierung im Vergleich .....	18
Grafik 9: Determinanten der Wahlentscheidung im Vergleich.....	23
Grafik 10: Volksparteien bei Europa- und Bundestagswahlen .....	25
Tabelle 1: Berechnung der Beteiligungswahrscheinlichkeit .....	20

### **Heiko Giebler, M.A.**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er arbeitet in der Deutschen Wahlstudie GLES (German Longitudinal Election Study) und ist Präsidiumsmitglied der European Election Studies Association. Im Mittelpunkt seiner Forschung stehen Wahlverhalten, Parteien und politische Eliten.





